

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16 Wusterhausen Str. 15 (Redakteur C. Wittmer) Fernsprecher: Amt Moritzplatz 3103/06
Staats- und Gemeindebetriebe sollen Musterbetriebe sein!
Erscheint wöchentlich freitags • Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 4 Mk. mit wöchentlich. Beilage „Die Sanitätsmarie“ 6 Mk.

Die freien Gewerkschaften gegen die „Technische Nothilfe“.



iederholt haben wir in der „Gewerkschaft“ unseren ablehnenden Standpunkt zur „Technischen Nothilfe“ klargestellt. Insbesondere wiesen wir in Nr. 48 (Jahrgang 1919) nach, daß für unsere Organisation die Sachlage völlig geklärt ist durch die Beschlüsse der Verbandstage sowie der internationalen Konferenzen der Arbeiter öffentlicher Betriebe. — Wir können unmöglich auf das Grundrecht unseres Verbandeslebens verzichten, wenn wir nicht aus dem ganzen Koalitionsrecht ein Messer ohne Heft und Klinge machen wollten. — Daran haben prinzipiell auch die politischen Umwälzungen in Deutschland nichts ändern können. Wohl haben wir erheblich mehr Bewegungsfreiheit gewonnen, und diese im Sinne unserer Organisation auszunutzen, erfordert natürlich ein erheblich erhöhtes Maß von Verantwortlichkeit. Andererseits bleibt das Wort Ehlers im Tell noch immer zu Wort bestehen:

Wenn der Verdächtige nirgends Recht kann finden,
Wenn unerträglich wird die Last,
Weist er getrohen Rates zu den Sternen,
Wo seine Rechte hängen unveränderlich.

Wir haben in der „Gewerkschaft“ etc. betont, daß jedes Mitglied unserer Organisation in weit höherem Maße als in der Privatindustrie mit dem Gemeinwohl verknüpft ist und dies nie außer acht lassen darf. Das bedingt uns auf der anderen Seite auch, mußer zünftige Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Gemeinde- und Staatsbetrieben zu fördern. Erfahrungsgemäß bleibt aber bei Außerbläsung des letzten und stärksten gewerkschaftlichen Kampfmittels die Kontion für uns außerordentlich ungleich. Mögen die Arbeiter zur Verteidigung noch so bereit sein, die Städtebureokratie verständigt sich nicht, sondern setzt ihren Willen durch wenn nicht die Möglichkeit eines Kampfes für die Organisation gegeben ist. Daß wir von unserem Kampfmittel um dann Gebrauch machen dürfen, wenn alle Verhandlungsversuche scheitern, haben wir immer hervorzuheben, und die Gedächtnis unseres Verbandes ist ein klarer Hinweis dafür, daß wir nicht nur theoretisch so dachten, son-

dern daß die große Masse unserer Kollegen auch praktisch so handelte.

Seit der Revolution tritt freilich unsere Verpflichtung der Öffentlichkeit gegenüber stärker in den Vordergrund. In Berlin, Bremen und Leipzig ist man sich jedoch genau so der ungeheuren Verantwortung gegenüber der Gesamtbevölkerung bewußt wie in Hamburg, München und Stuttgart.

Darum hatten wir auch moralisch das Recht, auf die unhaltbare Situation hinzuweisen, wenn die Regierung vorübergehende Maßnahmen ergreift, ohne sich mit den beteiligten Gewerkschaften vorher zu verständigen. — Nun hat auch der Ausschuß des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes, also die gesamten Zentralvorstände der freien Gewerkschaften, zur „Technischen Nothilfe“ Stellung genommen, und zwar ganz in unserem Sinne. Darüber bedauerlicherweise Verschluss lautet:

„Die Organisation der „Technischen Nothilfe“ bedeutet eine ernste Gefahr für den gewerkschaftlichen Kampf. Wenn sie auch errichtet sein mag in dem Bestreben, lediglich den gemeindefürlichen Auswüchsen wider Streiks entgegenzutreten, so bildet sie doch nach ihrer Natur und der Art ihrer Organisation eine ständige Forderung auch der berechtigten gewerkschaftlichen Streiks.“

Indem der Bundesausschuh die „Technische Nothilfe“ verwirft, erkennt er gleichwohl an, daß die Lebensinteressen der Allgemeinheit gegen Angriffe durch sinnlose Streiks geschützt werden müssen. Die mutwillige Zerstörung von Produktionsmitteln, sei es direkt oder durch Unterlassung resp. Verschubern von Notstandsarbeiten, wird als Kampfmittel von den Gewerkschaften verworfen.

Streiks sowohl wie Ausperrungen in Gewerben von besonderte volkswirtschaftlicher Bedeutung enthalten eine Gefahr für das Wirtschaftsleben und das Wohl der Arbeiterklasse oder einzelner Arbeitergruppen. Zur Vermeidung solcher Streiks und Ausperrungen ist es die Pflicht der öffentlichen und privaten Arbeitgeber, das Koalitionsrecht der Arbeiter und Angestellten rücksichtslos anzuerkennen, mit den in Betracht kommenden Arbeiterorganisationen Lohn-, Arbeits- und Lebensverhältnisse rechtzeitig zu vereinbaren und für sachgemäße Durchführung zu sorgen. Die Gewerkschaften sind sich ihrer Verantwortung gegenüber den Allgemeininteressen bewußt und halten es für selbstverständlich, daß in solchen Betrieben Arbeitsverhältnisse nicht erfolgen, bevor alle Schlichtungsmöglichkeiten

Das Lied der Mutter.

Mein Kind, mein Kind! In Knospenhülle ruht
Dem Sorgenblick entzogen noch dein Los.
Du lebst von meiner Achtsamkeit und Hut.
Mein Kind, mein Kind! Du wirst nun langsam groß,
Und tust erlaunte Wände in die weite Welt.
Längst steht es dich nicht mehr nach meinem Schoß;
Mein Kind, du bist schon auf dich selbst gestellt,
Gleich einem Strom gewinnst du eigenen Lauf
Zu fernem, die kein Lichtstrahl noch erblickt.
Mein Kind, ein neues Volk wuchs mit dir auf!
Wird was wir nur geahnt in euch Gestalt?
Nicht was wir nur ersehnt, mit euch berauft?
Mein Kind, die Zeit zerstob, ich werde alt,
Wird eurer Kinder Zukunft anders sein?
Wenn unsre bangen Stimmen längst verhallt?
Wo Männer knirschten, werdet ihr befreien?

Hedwig Lachmann.

erschöpft sind und die zuständigen Gewerkschaftsleitungen ihre Zustimmung zum Streik erteilt haben.

Die Gewerkschaften erklären, daß sie bereit und in der Lage sind, den notwendigen Schutz der Allgemeininteressen gegen verwerfliche Streitausdehnungen selber zu übernehmen, gegebenenfalls durch die Aufforderung an die Mitglieder, durch wilde Streikbewegungen erforderlich werdende Notmaßnahmen auszuführen. Mit dieser Erklärung verbindet der Bundesauschuh den Appell an die deutschen Arbeiter und Angestellten, strengste gewerkschaftliche Disziplin zu üben und den Ausdehnungen unverantwortlicher und von der Gewerkschaft nicht beauftragter Personen zu wilden Streiks und sinnlosen Ferkörungsaktionen energischen Widerstand zu leisten.

Aus diesem Beschluß gilt es nun auch die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Ueberall da, wo unseren Filialleitungen bekannt ist, daß die „Technische Nothilfe“ auch für Gemeinde- und Staatsbetriebe bereitgestellt wird, muß eine energische dagegen Front gemacht werden.

Das erfordert auf der anderen Seite natürlich, daß unsere Organisation die volle Verantwortung übernimmt, um unliebsame Störungen der Allgemeininteressen zu vermeiden.

Wo also wegen gewerkschaftlicher Lohnforderungen Dissonanzen mit den Verwaltungen ausbrechen, müssen alle Versöhnungsmittel und Schlichtungswege beschritten werden. Jeder Streik muß die Genehmigung des Verbandsvorstandes haben. Die Notstandsarbeiten müssen von unseren

Kollegen verrichtet werden. Alle Betriebsvertrauensmänner haben darauf zu achten, daß die gewerkschaftliche Disziplin gewahrt und unser Verband nicht durch Willkür oder durch das Vorgehen einzelner Personen lahmgelegt wird.

Wir haben alle Verantwortung, namens der fast 280 000 Verbandsmitglieder zu fordern, daß nicht von einigen Wenigen unsere gesamte Verbandsarbeit schwer gefährdet wird.

In wenig Wochen stehen wir vor dem Abschluß eines Reichsmantel-Tarifes mit dem neu zu schaffenden Arbeitgeberverband deutscher Städte (Städtetag). Es liegt im Interesse des Ansehens und der Wirksamkeit unserer Organisation, wenn wir alle unsere Mitglieder einig wissen in dem Bestreben, vertragstreue Tarifkontrahenten zu sein.

Es ist ohnehin schon schwer genug, der andauernden Preißeigerung mit unseren Anträgen und Forderungen auf den Fersen zu folgen. Wenn uns aber durch willkürliche Maßnahmen einzelner, die das Allgemeinwohl unberücksichtigt lassen, noch besondere Erschwernisse geschaffen würden, so hätten letzten Endes alle übrigen Kollegen darunter zu leiden.

Darum erheben wir erneut unsere Stimme auf Ablehnung der „Technischen Nothilfe“ und Übernahme der vollen Verantwortlichkeit bei jeglicher Aktion durch unsere Organisation.

Vierte Tagung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Am 24. bis 27. Februar trat der Ausschuh des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu einer vierstägigen Konferenz zusammen. Einleitend gedachte der Vorsitzende Legent in kurzen Worten der Verdienste des verstorbenen Vorsitzenden des Deutschen Holzarbeiterverbandes, A. Keumann, dessen Andenken der Ausschuh in üblicher Weise ehrt.

In erster Stelle standen zur Verhandlung das Betriebsratsgesetz, die Betriebsrätewahlen und die Schaffung einer Betriebsratsprüfung. Ueber die Anwendung des Gesetzes auf die besonderen Verhältnisse der Bauarbeiter, Hafenbetriebe, Binnenhäfen und Gangeswerkbetriebe wurden einige Fragen gestellt, die das Mitglied der Nationalversammlung, H. Müller beantwortete. Danach kommt für Bau- und für Hafenbetriebe die Anwendung des § 102 in Betracht, sofern ein für allgemein rechtsverbindlich erklärter Tarifvertrag besteht. Für die Gangeswerkbetriebe gilt die Ausnahmevorschrift des § 3, während für die Binnen- und Seeschifffahrt ein besonderes Gesetz erlassen werden soll. Grafmann berührte namens des Bundesvorstandes, daß auf dem vom Tarifarbeitervorbund nach Leipzig einberufenen Betriebsratskongress die überwiegende Meinung dahingehend zum Ausdruck gebracht wurde, die Betriebsratswahlen und die Tätigkeit der Betriebsräte in gewerkschaftlichen Maßnahmen zu halten. Die vom Bundesvorstand vorgelegten Richtlinien zu den Betriebsratswahlen führten zu einer längeren Aussprache, in der der Vertreter des Metallarbeiterverbandes Dismann die Beschlüsse des Verbandsrates bekanntgab. Nach diesen Beschlüssen sollten die Wahlen rein gewerkschaftlich, unter Ausschluß politischer Einflüsse, durchgeführt werden. Die Kandidaten müßten indes auf dem Boden der Beschlüsse des Stuttgarter Verbandstages stehen und sich zum Rücktritt verpflichten, wenn die Mehrzahl ihrer Wähler oder die Organisation dies verlangen. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Richtlinien des Bundesvorstandes für einheitliche Wahlstellen die Anerkennung der Beschlüsse des Münchener Gewerkschaftskongresses verlangen und daß zwischen diesen und den Beschlüssen des Metallarbeiterverbandes in den Fragen des Abstimmens und der Arbeitsgemeinschaften ein Gegensatz bestehe. Die Arbeitsgemeinschaften hätten mit den Betriebsratswahlen nicht das mindeste zu tun und seien völlig widersinnig hinzugefügt worden. Dismann hielt indes an seinem Vertragsstandpunkt fest, so daß eine Verständigung hierüber und über die Anerkennung der Richtlinien mit ihm nicht möglich war. In dieser Aussprache wurde auch über den Streit im Berliner Ortsauschuh berichtet. Die Richtlinien wurden schließlich gegen 3 Stimmen angenommen und für alle Gewerkschaften als verbindlich erklärt. Der Bundesvorstand wurde beauftragt, diese Richtlinien dem Vorstand des Berliner Ortsauschuhes zur Kenntnis zu bringen mit dem Hinweis, daß nach diesem vom Bundesauschuh beschlossenen Grundsatze zu ver-

fahren sei, und mit ihm über die Aufhebung des entgegenstehenden Berliner Beschlusses zu verhandeln.

Weiterhin wurde die Einführung einer Betriebsratsprüfung zunächst monatlich beschlossen. Dieselbe soll von den Gewerkschaften für ihre Betriebsräte bis zum Jahresanfang 1929 auf Verbandskosten bezogen werden. Der Tagesablauf ist zu prüfen, ob die Einführung des Abkommens möglich ist. Die Frage wurde dem Bundesvorstand überlassen.

Auf Antrag des Verbandes der Bäcker und Konditoren verhandelte der Bundesauschuh über die Anerkennung einer gemeinsamen Arbeiterorganisation als Tarifkontrahent seitens des Reichsarbeitsministeriums. Der Bundesauschuh präferierte keine Meinung in der Erklärung, daß die Anerkennung einer solchen Organisation als Tarifkontrahent nicht zulässig sei und daß auch das Abkommen zwischen den Gewerkschaften und den Arbeitgeberverbänden die Anerkennung solcher Organisationen ausschließe. Wenn das Reichsarbeitsministerium seinen Standpunkt in dieser Frage aufrechterhalte, so sei eine ernste Erörterung des Verhältnisses zwischen ihm und den Gewerkschaften zu befürchten. In diesem Sinne soll mit dem Reichsarbeitsministerium verhandelt werden. Ein weiterer Konflikt des Zentralverbandes der Angestellten wendte sich gegen die Anerkennung eines Verbandes leitender Angestellten seitens des Reichsarbeitsministeriums. Auch in diesem Fall soll mit letzterem verhandelt werden.

Die Frage der Technischen Nothilfe war bereits in der dritten Ausschuhssitzung im Dezember v. J. beraten worden, aber nicht zur Entscheidung gelangt. Eine vom Bundesvorstand vorgelegte Resolution behandelte die Technische Nothilfe unter dem Gesichtswinkel als Folge mangelnder Disziplin in der gewerkschaftlichen Streikführung, die sich erkläre, wenn die Gewerkschaften selbst die volle Gewähr für eine geordnete Streikführung unter Vermeidung aller allgemeinen Lebensinteressen des Volkes übernahmen. Die Resolution verpflichtet die Gewerkschaften, bei Streiks in Lebensmittelbetrieben alle Maßnahmen zu treffen, um die Betriebe gegen Störung zu schützen und die allgemeinen Lebensinteressen des Volkes zu wahren. Erst dann, wenn der Einsatz der Gewerkschaften verlangt, dürfe die Technische Nothilfe in Anspruch genommen werden. Der Ausschuh in seiner überwiegenden Mehrheit hatte aber starke Bedenken, eine Anerkennung der Technischen Nothilfe auch nur in dieser beschränkten Form zuzulassen, da ihre Ausbreitung in Arbeiterkreisen meist als Streikbruch empfunden werde. Darüber konnten auch die Gewerkschaften nicht hinweg. Eine vom Bundesauschuh eingesetzte Kommission arbeitete die auf Seite 1 der „Gewerkschaft“ abgedruckte Resolution aus, die der Schlussanahme der Mehrheit entspricht. Sie wurde gegen 0 Stimmen angenommen.

Darauf erstattete der Bundesvorstand Bericht über die Grün-

derung der Deutschen Oekonomisch-Gesellschaft m. b. H., die den Zweck hat, die skandinavischen Gewerkschaftskredite für die deutsche Rohstoffverfertigung nutzbar zu machen. Die Gesellschaft besteht aus dem Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Legien, dem Syndikus des Verbandes schwedischer Textilindustrieller Mojsisch, Chemnitz und dem Kaufler O. Aschberg als Vertrauensmann der schwedischen Gewerkschaften. Sie vermittelt zunächst ausländische Textilrohstoffe für die deutsche Textilindustrie im Einvernehmen mit dem Deutschen Textilarbeiterverband. Ihr Geschäftsbetrieb befindet sich in Berlin, Unter den Linden 68a.

Eine eingehende Aussprache knüpfte sich an die Frage, ob die fortwährenden Schwankungen der Lebensunterhaltungskosten die Einführung gleitender Lohnskalen auf Grund statistischer Anzeigstellungen rechtfertigen. Es haben bezügliche Verhandlungen bereits im Reichsarbeitsministerium stattgefunden, die indes zu keinem Abschluß gelangt sind. In Gewerkschaftskreisen bestehen noch starke Bedenken dagegen, ob bescheidende statistische Unterlagen so schnell zu beschaffen sind. Der Bundesvorstand wurde beauftragt, für diese Frage eine Studienkommission einzusetzen, die einer späteren Ausschussprüfung Bericht erstatten soll.

Auf Einladung des Bundesauschusses hielt der Reichswirtschaftsminister A. Schmidt einen Vortrag über unsere gegenwärtige Wirtschaftslage. Er legte die Umstände dar, die die Regierung zur Festsetzung von Mindestpreisen für Getreide und Kartoffeln veranlassen, und schilderte die Schwierigkeiten, mit denen unsere Lebensmittelerzeugung fortgesetzt zu kämpfen habe. Die neuen Preis erhöhungen würden natürlich auch andere Preissteigerungen nach sich ziehen und zu weiteren Lohnverhöhungen nötigen. Eine automatische Lohnregelung sei in dieser Situation sehr erwünscht. Die allgemeine Wirtschaftslage sei abhängig von der Beschaffung von Kohlen und Rohstoffen. Die Vereinbarungen mit den Bergarbeiterverbänden haben eine erhöhte Kohlenförderung sichergestellt. Die Ausdehnung des Kohlenbergbaues werde durch Herstellung neuer Wohnungen fröhlich gefördert. Die Einfuhr ausländischer Rohstoffe liege unter der höchsten Valuta. Doch seien Schritte unternommen, um Rohstoffe gegen Wiederausfuhr ihres Wertes in Fertigwaren einzusparen. Die Ausfuhr werde nach Kräften gefördert. Um eine Ausfuhr Deutschlands zu niedrigen Preisen zu verhindern, seien im Einvernehmen mit der Zentralarbeitsgemeinschaft Außenhandelsstellen errichtet worden, die eine strenge Kontrolle der Preise ausüben. Die Einfuhr überflüssiger Luxuswaren sei zu verhindern, gestalte sich aber wegen des Locks im Westen höchst schwierig. Doch sei ein Gesetz gegen unbefugte Einfuhr in Vorbereitung. Die Gesamtlage sei gewiß furchtbar, doch habe er noch das Vertrauen zur Kraft des deutschen Volkes, sich aus seinem Elend wieder herauszuarbeiten.

Eine Aussprache über diesen Vortrag fand am letzten Konferenztag statt. Wiffell fand die Darlegungen des Ministers zu unzulänglich und erhebe gegen die Regierung den Vorwurf, daß sie kraftlos auf der Zwangswirtschaft festhält und verhängt habe, wodurch durch Organisation der Erzeuger und Verbraucher die Verhältnisse umgestaltet. Ohne Planwirtschaft treiben wir rettungslos der Katastrophe entgegen. Für die Lederverwirtschaft verteidigte Maßler die Freigabe, die der Industrie Rohstoffe und Aufträge und den Arbeitern Arbeit und Verdienst verleiht habe. Denfel forderte eine Freigabe der Fleischversorgung, da die Schwarzschlächtere überhandnehme. Er wies auf eine bezügliche Eingabe des Fleischerverbandes hin. Tarnow behandelte die Mißstände in der Holzversorgung, die einer strengen Regelung bedürften, und verlangte die Einziehung eines möglichst hohen Anteils der Valutagewinne. Thomas polemisierte gegen die Freigabe der Lederwirtschaft, die auch durch Blum (Zattler) verteidigt wurde. Hefer die Textilwirtschaft sprach Jödel über die Ausführungsregeln. Der Wirtschaftminister Schmidt ging in längeren Ausführungen auf die erhobenen Einwände und Vorwürfe ein. Er schilderte die Widerstände, die dem Reichswirtschaftsministerium nicht bloß von den Erzeugern und Verbrauchern, sondern auch von Behörden und sogar von den Mitgliedstaaten gemacht würden, und gegen die er einen aufrechten Kampf führen müsse. Im Gegensatz zu Wiffell beharrte er auf dem Standpunkt, daß die gegenwärtige Wirtschaftslage nicht ein Organisationsproblem, sondern eine Frage der Kohlen- und Rohstoffbeschaffung sei. Nur praktische Politik bringe die Wirtschaft wieder in Gang, wie eine Reihe von Industriellen erkennen lassen. Wiffell vertret demgegenüber erneut die Notwendigkeit einer planmäßigen Organisation aller Wirtschaftsbereiche.

Der Bundesvorsitzende ließ es bei dieser Aussprache bewenden in der Heberzeugung, daß eine Resolution die Schwierigkeiten nicht beheben könne.

Die oberthüringischen Genossen haben seit Eintritt der Besetzung ihres Gebietes durch die Ententeblatte ein deutsches Gewerkschaftsblatt ins Leben gerufen, um auch bei Ausschluß der deutschen Gewerkschaftsblätter ihre gewerkschaftlichen Interessen auszuüben und zu fördern. Der Bundesauschuss erklärte sein Einverständnis mit diesem Vorhaben und beauftragte den Bundesvorstand, die nötigen Mittel für das Blatt zur Verfügung zu stellen.

Die passive Meisterei hatte auf dem vorjährigen Schiffszimmerer-Verbandskongress zu längeren Auseinandersetzungen geführt und ist bei dem Bundesauschuss abhängig gemacht worden. Es waren grobe Ausschreitungen gegen die gewerkschaftlichen Grundzüge zur Kenntnis gebracht worden, die allgemein mißbilligt wurden. Eine vom Bundesvorstand zu dieser Angelegenheit vergebene Resolution wurde nach stattgefundener Aussprache als erledigt betrachtet und zurückgezogen. Der Ausschuss hielt es für erforderlich, in Weiterführung der Arbeiten der Kommission zur Prüfung der Lehrlingsfrage die Regierung zu ersuchen, eine Vorberordnung zur Regelung der Lehrlingsverhältnisse zu bringen.

Auf Antrag eines Verbandsvorstandes wurde die Art der Beitragsanrechnung bei Uebertritten von einer Organisation zur anderen infolge Berufswechsels besprochen. Die Angelegenheit wurde bis zur nächsten Ausschussung zurückgestellt, damit zunächst die Vorstände darüber beraten und Vorschläge zu einer einheitlichen Regelung bringen können.

Angeregt wurde, einheitliche Mitgliedbücher für alle dem Bund angeschlossenen Verbände zu schaffen, sowie die Mitgliedsbücher von Ueberretenden aufzubewahren zur Wiederbenutzung bei einem etwaigen späteren Austritt in die alte Organisation.

Beschlössen wurde gegen 2 Stimmen, das Vertragsverhältnis der dem Bund angeschlossenen Verbände für Neberrichte beim Berufswechsel auch auf das Verhältnis zu den der „Aia“ angeschlossenen Anstellungsverbänden zu übertragen.

Mit der Neugestaltung des Verhältnisses zu den der Arbeitsgemeinschaft freier Anstellungsverbände angeschlossenen Organisationen soll sich eine Kommission befassen.

Der Ortsauschuss Gera hat den Gewerkschaftsausschuss ersucht, die Frage der Bezahlung von Wochenfeiertagen bzw. deren Befreiung zu prüfen. Das letztere wird abgelehnt. Eine einheitliche Auffassung ist in der Frage der Bezahlung der Wochenfeiertage unter den Vorständen nicht vorhanden. Die Bezahlung der Vertreter ist der Meinung, daß die Bezahlung angeht werden soll.

Eine Beschwerde des Fabrikarbeiterverbandes gegen die Unterstützung von nicht genehmigten Streiks wurde durch einstimmige Annahme des folgenden Beschlusses erledigt:

Die Ortsausschüsse werden erneut auf die Satzungen des A. D. G. V. hingewiesen, in deren § 58 es heißt:

„Den Ortsauschüssen ist es nicht gestattet, selbständig in die Aufgaben der Zentralverbände einzugreifen, insbesondere nicht in das Gebiet der Lohnbewegungen. Die Beschäftigung über Streiks unterliegt nicht der Zuständigkeit der Ortsausschüsse.“

Mit Rücksicht auf Vorkommnisse in den letzten Monaten beschließt der Bundesauschuss: Lohnbewegungen und Streiks, die über die Köpfe der zentralen Instanzen hinweg von den Ortsausschüssen angestrebt werden, sind in keinem Falle zu unterstützen. Die Gewerkschaften verpflichten sich gegenseitig, diesen Beschluß unter allen Umständen durchzuführen, um zu verhindern, daß die Tarifvertragspolitik der Verbände durchkreuzt wird.“

Auf Antrag des Anstellerausschusses beim Bundesvorstand hatte die Gehaltskommission sich mit der Frage der Gewährung weiterer Teuerungszulagen und einiger Verbesserungen in eine höhere Gehaltsklasse zu befassen. Die Vorschläge der Kommission wurden einstimmig angenommen. Dabei sprach der Bundesvorsitzende den Wunsch aus, daß auch seitens der angeschlossenen Gewerkschaften die Gehälter der Angestellten den Teuerungsverhältnissen entsprechend aufgeschwemmt werden, da die Ueberläufer über die in der Gewerkschaften gezahlten Gehälter erkennen lassen, daß in manchen Gewerkschaften die Gehälter doch noch recht zurückbleiben.

Günstlich der Arbeitslosenfürsorge für Kurzarbeiter soll erneut mit dem Reichsarbeitsministerium verhandelt werden, eine beschränkte Regelung auf der Grundlage herbeizuführen, daß der Anfall vom Reich, vom Arbeitgeber und von dem betroffenen Arbeitnehmer zu gleichen Teilen getragen werde.

Zur Zuführung zur Unterstützung von Volksehehebestrebungen wurde eine Summe von 10000 M. zur Verfügung gestellt.

Dem Anschlag des Verbandes der Köche (Sty Berlin, 6000 Mitglieder) an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund wurde zugestimmt. Weitere Anschlagsträge wurden zurückgestellt.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund umfaßt gegenwärtig in 54 Organisationen über 7,5 Millionen Mitglieder.

Die Arbeitsverhältnisse beim Landstraßenbau.

Das verfloßene Jahr hat den Gewerkschaften eine Reihe von Arbeitergruppen zugeführt, die früher als unorganisierbar galten. Zu dieser Gruppe gehören zweifellos auch die beim Landstraßenbau beschäftigten Arbeiter. Nur vereinzelt trifft man diese Arbeiter auf der Landstraße an. Wenn wirklich einmal zwei oder drei Wärtler in einem Orte wohnen, sind sie nicht immer bei einem Arbeitgeber. Provinzial- sowie Kreisstraßen kreuzen sich. Einer ist beim Kreis, der andere bei der Provinz beschäftigt. Auf den ersten Blick und für den Nichtkenner der Verhältnisse mag es erscheinen, als ob die Art der Tätigkeit der Wärtler überall die gleiche ist in allen Gegenden. Der Gedanke liegt sehr nahe, daß hier überall gleichlautende Forderungen aufgestellt und durchgeführt werden müßten. Sobald man ernstlich an die Sache herangeht, finden wir erhebliche Schwierigkeiten. Es ist unmöglich, jedem Wärtler ein gleiches Maß von Kilometern als Strecke zuzurechnen. Die landwirtschaftlichen Verhältnisse spielen da eine große Rolle. Die Bodenverhältnisse und die damit eng zusammenhängende schwächere oder stärkere Bevölkerung der Gegend sind von ausschlaggebender Bedeutung.

Nur ein Beispiel von der Provinz Hannover. Die Provinz hat circa 300 Kilometer Provinzial- und 10 000 Kilometer Kreisstraßen. Da ist zunächst das Harzgebiet. Hier kommen durchgehend Provinzialstraßen in Frage. Die Wärtler sind auf das angewiesen, was sie auf der Straße als Wärtler verdienen. Auch nicht das flachste Stück Land ist da aufzutreiben. Die Chaussees werden durch das nasse Wetter und die schweren Holzfuhrn stark abgenutzt. Die Strecke des einzelnen darf daher nicht lang sein.

Süd-Hannover ist dicht bevölkert und hat schweren Boden. Der Fuhrwerkverkehr ist daher sehr lebhaft, und im Spätherbst bei nassem Wetter werden die Straßen durch die schweren Böden arg mitgenommen. Es ist daher erklärlich, daß auch hier der Wärtler jeden Tag auf seiner Strecke zu tun hat.

Das Bild ist aber ein anderes, wenn wir in den nördlichen Teil der Provinz, die Heide- und Moorregionen kommen. Diese Gegenden sind dünn bevölkert. Der Verkehr ist ein erheblich schwächerer, der im Spätherbst und Winter noch weiter zusammenschrumpft. Das Fuhrwerk ist leichter. Der leichte Boden verschlammte die Landstraßen nicht so stark als in Gegenden mit schwerem Boden. Hier ist für den Wärtler nicht so viel Arbeit vorhanden. Die Strecken können daher länger sein. Trotzdem hat der Wärtler nicht jeden Tag Arbeit. Das würde noch weiter zusammenkrumpfen, wenn eine gleich lange Strecke für alle Wärtler festgelegt würde. Von Bedeutung für die Länge der Strecke ist auch, wenn Straßen oft mehrere Kilometer lang mit Kleinplätzen versehen sind. Hier hat der Wärtler, trotzdem die Strecke lang ist, eine weitere Einschränkung seiner Tätigkeit.

Das alles erscheint als etwas Nebenächtliches, und doch ist das bisher Angeführte die Hauptsache von allem. Schon in der Entlohnung kommt das zum Ausdruck. Ein Wärtler, der regelmäßig auf der Strecke beschäftigt ist, kann unmöglich nebenbei landwirtschaftlichen Betrieb haben. Jeder ist daher auf das angewiesen, was er als Wärtler verdient. Würde man in diesen Gegenden den Lohn so niedrig setzen, daß es selbst dem bedürftigsten Arbeiter nicht möglich ist, davon existieren zu können, würde kein Arbeiter beim Landstraßenbau Arbeit nehmen. Der Wärtler aber, der in den Gegenden tätig ist, wo eine Vollbeschäftigung ausgeschlossen ist, hat nebenbei Landbesitz. Dieser ist nicht so groß, um immer Beschäftigung zu haben. Deshalb wird eine Arbeit angenommen, wo nebenbei etwas verdient wird. Die Familie ist auf diesen Verdienst aber nicht ausschließlich angewiesen. Der Lohn ist daher geringer, weil immer genügend Leute vorhanden sind, die mit diesem geringen Lohn oft besser auskommen als die Wärtler, die nur davon leben sollen.

In Hannover gibt es fast nur Affordarbeit. Steine werfen, Ausbeieren, Decken ausheben, Kalkstein und Sommerwege behacken, selbst Bäume beschneiden und Baumstämme herrichten. Hier finden wir, daß das nicht überall der Fall ist. Am südlichen Weistalern kommt man außer Steinschlagen keine Affordarbeit. Das Landesdirektorium Hannover sowie die Landräte wollen natürlich die Affordarbeit beschließen. Unterhütet werden sie dabei von einem großen Teil der Wärtler. Die nicht vollbeschäftigten Wärtler haben in der eigenen Wirtschaft zu tun. Bei der Affordarbeit können sie kommen und gehen, wie es ihren Interessen dienlich ist. Nun ist alle Affordarbeit — außer Steinschlagen — etwas, was vorher außer jeder Be-

rechnung liegt. Die Leute müssen erst einige Tage die Arbeiten verrichten, dann kommen die Wegemeister und legen den Arbeitslohn fest. Dadurch werden sie meistens um ihren Verdienst betrogen; der Fleißige bekommt nicht mehr als derjenige, der sich weniger angestrengt hat. Die Bodenverhältnisse spielen bei den Arbeiten eine große Rolle. Carier und steiniger Boden lassen die Arbeiter nicht so fortzueilen; daher sind einheitliche Arbeitslöhne unmöglich.

Es ist also eine Reihe beachtenswerter Gründe vorhanden, die Affordarbeit für diese Arbeiter zu befechtigen. Alle Gründe aber, die für die Beibehaltung der Affordarbeit sprechen, haben für die vollbeschäftigten Wärtler keine Bedeutung. Die eigentlichen Verhältnisse eines jeden Landsteils allein sind ausschlaggebend dafür, welche Form und Arbeitsmethode für die Wärtler die bessere ist. Verschieden sind oft die Verhältnisse innerhalb eines Kreises. Daraus geht hervor, daß etwas Einheitliches in der Länge der Strecke und auch in der Entlohnung nicht gut möglich ist.

Wenn in weniger komplizierten Fragen Einheitlichkeit kaum möglich ist, um wieviel schwieriger wird die Sache bei den sozialpolitischen Forderungen: Bezahlung der Wochenfeiertage, Urlaub, Bezahlung des Differenzbetrages zwischen Staunfeld und Lohn, Bezahlung kürzerer Arbeitsverläufe, Aushalten usw. Das alles sind Fragen, die wohl gelöst werden müssen, jedoch nicht nach irgend einem Schema. Am leichtesten wäre nach die Frage zu lösen, wer hier bezahlen soll, obwohl auch da bereits Bedenken aufgetreten sind. Die Provinzwärter können zeitweise auf den Kreisstraßen, die Kreiswärtler auf den Provinzialstraßen beschäftigt werden. Wer soll dabei die Wochenfeiertage, wer den Differenzbetrag bezahlen. Aber hier würde eine aus Vertretern der Provinz, der Kreise und der Verbände zusammengesetzte Kommission einen Ausweg finden wenn nur der gute Wille vorhanden wäre. Schwieriger ist die Sache bei den nicht vollbeschäftigten Wärtlern. In der Provinz Hannover gibt es eine Anzahl Wärtler, die monatlich 15 bis 20 Tage auf der Strecke beschäftigt sind. Bei der Bezahlung der Wochenfeiertage hätte bei einer gerechten Regelung jeder Wärtler Anspruch darauf, selbst wenn er in dieser Woche nur einen oder zwei Tage auf der Strecke war. Auch das ist kein Ausweg, wenn bestimmt würde, nur derjenige hat Anspruch darauf, der die vorhergehende und die darauffolgende Woche voll gearbeitet hat. Jeder einzelne würde das möglich machen, um diese Tage bezahlt zu erhalten. Bei der Bezahlung kürzerer Arbeitsverläufe liegen die Verhältnisse ähnlich. Es ist daher dringend nötig, festzustellen wie die Verhältnisse liegen für die beim Landstraßenbau beschäftigten Arbeiter und was in dieser Beziehung durchzuführen ist. Urlaubsgewährung und Bezahlung des Differenzbetrages lassen sich leichter regeln. Für die Provinz Hannover gilt der Vollurlaub nur für die Wärtler, die im vorhergehenden Jahre 300 Arbeitstage geleistet haben. Wer weniger gearbeitet hat, bekommt nur einen Teil des Vollurlaubs, wie keine geleisteten Arbeitstage zu 300 stehen. Etwas Ähnliches wäre auch bei der Differenzbezahlung zu machen. Hier sollte man aber die mit 250 Arbeitstagen als Vollbeschäftigte gelten lassen. Wer weniger arbeitet, kann entweder durch eine kürzere Unterstützungsdauer oder einer im proportionalen Verhältnis zur geleisteten Arbeit abgesetzten Summe vom Unterstützungsabzug abgehoben werden. Diese Schwierigkeiten lassen sich also überwinden.

Bei der Gewährung von Aushalten ist es wieder schwieriger, obwohl gerade in diesem Falle eine recht baldige Regelung dringender notwendig ist. So wurde kürzlich in einem Kreise ein 70jähriger Landstraßenwärtler entlassen, der auf eine 45jährige Amtszeit zurückblicken kann. Der Mann war bei seinem ererbten Lohn ein armer Teufel geblieben und wußte jetzt nicht, wovon er leben soll. Es ist erklärlich, daß ein vollbeschäftigter Arbeiter in 20 Trennjahren seine Arbeitskraft und Gesundheit im Dienste der Provinz oder des Kreises erheblich mehr abgemüht hat als ein nicht vollbeschäftigter Wärtler, der wohl in dieser Dienstzeit Anwartschaft werden kann, ein Teil der Aufseherung aber der eigenen Wirtschaft zugute gekommen ist. Würde man gleich zu beabsichtigen, bringt eine gewisse Härte gegen die Vollbeschäftigten in sich. Das ist nicht ganz Teil bei den Entlohnungen zu. Von der Wärtler Anwartschaft auf den Differenzbetrag, wenn er bei der Arbeit für den eigenen Haushalt erkrankt? Hier sollte man verneinen wäre unpassend. Es könnte auch einen Vollbeschäftigten treffen, der einmal zwei Tage zu Hause geblieben ist, um in der eigenen Wirtschaft zu helfen. Wie sieht es damit in den anderen Provinzen aus? Und wo sind die hier angelegentlichsten Fragen praktisch gelöst?

Beim Landstraßenbau finden wir ganz andere Verhältnisse als etwa bei den städtischen Arbeitern. Sie müssen daher auch anders

bewertet und geregelt werden. Das erfordert für die Bauleitungen viel Arbeit. Wenn wir aber in Betracht ziehen, daß es sich um eine große Gruppe von schätzenswerten 50 000 Arbeitern handelt, verdient sich diese Mühe schon. Im Gau Hannover sind bereits rund 1200, in der Provinz Hannover etwa 1500 organisierte Landstrassenwärter in unserem Verband. Die Heidekreise haben am längsten widerstanden. Sie kommen jetzt aber einer nach dem andern. Das ist wohl Beweis genug, daß auch die nicht vollbeschäftigten Wärter nicht auf Rosen gebettet sind, und die Schönfärbereien der Herren Land- und Rauräte von der besonders günstigen wirtschaftlichen Lage der Wärter am danebenbauen.

Allen den beim Landstrassenbau beschäftigten Arbeitern muß zum Bewußtsein gebracht werden, daß eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage nur durch engen Zusammenschluß in der Organisation möglich ist. Nur durch den Verband ist es möglich, die Kollegen, die im ganzen Lande verstreut sind, sich näher zu bringen, um so Gedanken und Erfahrungen in Kreisstrichen auszutauschen und das Beste davon zur Durchführung zu bringen.

B. Reihner.

Streik in Danzig.

In Danzig brach kürzlich ein Streik der städtischen Arbeiter aus. Der folgende Urachen hatte: Nach Ansicht der Kollegen verfiel die Gruppe der Magistrat unzulässig die Erledigung ihrer Forderungen. Die zuletzt erhaltene Forderung auf Gewährung einer Wirtschaftsbefreiung von 25 Mk. für Arbeiter, 20 Mk. für Unberufstätige und 15 Mk. für Jugendliche pro Woche wurde schon Anfang Januar eingereicht. Als die Verhandlungen zu keinem Ergebnis führten, riefen die Arbeiter den Schlichtungsausschuß an. Vor diesem wurde durch Stadtrat Runge den Vertretern der Arbeiter sowie des Kartells zu verstehen gegeben, daß, um die Sache zu beideln, die Vorkonferenz der Mämierekommission vorgelagt werden soll. So ließ man durchblicken, daß innerhalb 10 Tagen die Sache zur Erledigung kommen würde. Auf Grund dieses Versprechens glaubte die Arbeiterkass die Erledigung ihrer Forderung in dieser Zeit erwarten zu dürfen. Als dies aber nicht erfolgte, kam der Groll der Arbeiter immerhin zum Ausdruck.

Der Organisationsleitung war es nicht möglich, den Streik zu verhindern. Als er ausgebrochen war, ergriff die Streikleitung um sofortige Aufnahme von Verhandlungen, die jedoch vom Magistrat abgelehnt wurden. Er ging sogar dazu über, die Mündigung sämtlicher am Streik beteiligten Arbeiter auszusperrten. Wir glau-

ben anzunehmen, daß der Streik wahrscheinlich innerhalb weniger Stunden beendet worden wäre, wenn der Magistrat verhandelt hätte. Omlieiter Stamer suchte sofort die Verhandlung mit dem Magistrat einzubauen. Der Magistrat stellte sich auf den Standpunkt, den Schaden und die Tonziger Wert einzunehmen, aus Anlaß des Streiks größere Entlassungen vorzunehmen. Sie sollten aber nicht etwa nur die eventuell zu viel beschäftigten Arbeiter, sondern — es klingt fast ungläublich — auch einen großen Teil der Arbeiterausbildungsmittel treffen. Im Laufe der Verhandlung gelang es jedoch den beiden Vertretern der Arbeiter, dem Gauleiter Stamer und dem Kartellvorsitzenden Klossowski, vom Magistrat folgende Erklärung zu erhalten:

„Falls der Magistrat die Einstellung einzelner Arbeiter ablehnt, so ist hierfür die Zustimmung eines Ausschusses nötig, der aus je drei Vertretern der Betriebsleitungen und der städtischen Arbeiter besteht, unter einem von dem Oberbürgermeister zu benennenden Unparteiischen. Aus der verabschiedeten Wiedereinstellung sollen den Arbeitern keinerlei g. Nötige Nachteile entstehen.“

Bezüglich der Lohnfrage wurde zugesagt, daß sie in der Mämierekommission am 27. Februar zur Erledigung gebracht würde und am 2. März deren Beschluß durch die Stadtverordnetenversammlung seine Erledigung finden sollte. Durch diese Ver. inkonsequenz war der Grund des Streiks fortgefallen. Die Arbeitervertreter verpflichteten sich für die Wiederaufnahme der Arbeit mit aller Energie anzutreten. Dies ist geschehen. In der Versammlung der Streikenden wurde die Wiederaufnahme der Arbeit fast einstimmig beschlossen. Das Abstimmungsresultat zeigt, daß die städtischen Arbeiterkass so gut wie fast einmütig in ihren Willensbedingungen ist. Denn die gleiche Stimmenzahl, die sich für die Wiederlegung der Arbeit aussprach, war auch für die Wiederaufnahme der Arbeit zu verzeichnen.

Anzweifelnd hatte der Oberkommissar von Danzig, Sir Reginald Fowler, folgende Verordnung erlassen:

Danzig, den 25. Februar 1920.

Meine Verwaltung, die nur als eine vorübergehende gedacht ist, legt mir die Pflicht auf, für die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit im Gebiet der künftigen freien Stadt Danzig zu wirken. Ich kann nicht zulassen, daß Betriebe, die für das Leben der gesamten Bevölkerung von größter Wichtigkeit sind, zum Stillstand kommen. Demgemäß verordne ich wie folgt:

§ 1.

Jede Betätigung durch Wort, Schrift oder andere Maßnahmen, die darauf gerichtet ist, lebenswichtige Betriebe zum Stillstand zu bringen, wird verboten. Als lebenswichtige Betriebe gelten: die öffentlichen Verkehrsmittel, die städtischen Kranken-

Zurück zur Natur!

So ruft der bekante norwegische Nordpol- und Grönlandforscher Fridtjof Nansen in seinem kürzlich erschienenen Buche „Freilustleben“*) der europäischen Menschheit zu. Im Vortwort wendet er sich folgendermaßen:

An den deutschen Leser:

Wenn diese Blätter eine Mahnung enthalten, so ist es das alte Lösungswort: Zurück zur Natur! Das einzige Heilmittel gegen die Krankheit unserer Zeit. Nur allzu vieles, was geschehen ist, seitdem diese Blätter geschrieben wurden, scheint mir dies in unheimlichem Maße erwiesen zu haben. Europa ist krank. Die weiße Rasse hat eine Fieberkrise zu überleben. Die menschliche Gesellschaft zeigt an vielen Stellen die Symptome der Auflösung. Der Heiltank kann nur aus den einfachen Tiefen der Natur geschöpft werden.

Als Präsident Wilson die Vereinigten Staaten in den Krieg führte, hoffte er die Welt dadurch „safe of democracy“ (reif für die Demokratie, D. A.) zu machen. Die Welt aber wollte es anders. Europa ist ein Chaos geworden, ein brodelnder Hegeness, in dem Demokratie, Despotie, Militarismus und Anarchie in unheilvollem Dreieck sich umeinanderwälzen, und niemand weiß, was in heftigsten Entladungen erpöndert wird.

Klarer als je zuvor hat sich erwiesen, daß der Krieg keine Heilung, keine Erlösung bringen kann. Wohl vermag er eine drohende Krankheit auszulösen. An ihrer Stelle aber schafft er zehn neue Krankheitskeime. Er ist selber ein Fieber und keine Kur. Die Seele der menschlichen Gesellschaft läßt sich nicht durch Bajonette reformieren, und keine Idee, auch eine faulde nicht, kann durch Waffengewalt umgebracht werden.

Bernard Shaw soll kürzlich gesagt haben, er wisse nicht, was

*) Freilustleben. Von Fridtjof Nansen. Gebietet 7 Mk., gebunden 9 Mk. Verlag H. Brockhaus, Leipzig.

die Bewohner der andern Planeten im Sinne hätten. Dessen sei er aber sicher, daß sie unsern Planeten für ein Irrenhaus hielten. Das gibt ein trübseliges Bild des jetzigen Zustands unserer Erde. Die Geisteskrankheit rührt aber von den falschen Grundanschauungen her. Die Menschen sind auf Abwege geraten in ihrer wahnfinnigen Jagd nach Macht. Die Massen haben Kultur mit materieller Entwicklung verwechselt. Letztere bringt die Macht des Ueberflusses, erstere die Schönheit der Harmonie.

Nicht der Wille zur Macht, sondern der Wille zur Schönheit wird die neue Zukunft schaffen: die Schönheit der großen, einfachen Lebenslinien, die alle Herrschgier, allen Fütterstaat, allen Ueberfluß abgestreift hat. Schließlich muß doch der Geist den Sieg erringen. Nicht der Geist, der neue Gewaltmittel erfindet, neue Zerstörungsmaschinen, neue Sprengstoffe, neue Gase —, auch nicht der Geist, der neue Industrien schafft, neue Verkehrsmittel erschließt, so nützlich er auch sein mag —, sondern der Geist, der aus den alten, emig jungen Urquellen der Natur schöpfend neue Lebenswerte formt. Die Welt der Zukunft, deren Symbol nicht mehr die rassende Raubtierklaue ist, sondern die gebende Menschenhand — in der die Klassenpolitiker und die Staatsmänner enden, daß es nicht nur Menschen gibt, sondern auch Mitmenschen —, in der sie nicht nur mit den Lippen bekennen, sondern auch durch die Tat beweisen, daß sie anstatt die brutale Selbstflucht der Staaten, der Klassen, der einzelnen, auch in der Politik die Lehre der Nächstenliebe vertreten, die da sagt: Was du nicht willst, daß man dir tu, das füg auch keinem andern zu.

Laßt uns, trotz der Finsternis, laßt uns nicht an der Morgen-dämmerung zweifeln! Noch gilt das Gesetz von der Kontinuität des Keimplasmas. Noch ist das Geschlecht im Kern gesund und unverdorben. Nur die Lebensbedingungen, die Grundlagen der Erziehung in den sogenannten Kulturzentren sind naturwidrig. Die Rettung liegt, jetzt wie immer, in der Lösung:

Zurück zur Natur, zu den einfachen Grundwerten, auf denen alle Schönheit des Lebens sich aufbaut.

anhalten, Schlacht- und Fische, Kanalkationswerke, alle Anlagen und Einrichtungen zur Erzeugung und Fortleitung von Gas, Wasser, Elektrizität und zur Beförderung von Kohlen, sowie landwirtschaftliche Betriebe jeder Art.

Wer dieser Verordnung zuwider handelt oder zu solchen Zuwiderhandlungen auffordert oder anreizt, wird, sofern nicht die Gesetze eine höhere Strafe vorsehen, mit Gefängnis oder Haft oder Geldstrafe bis zu 15.000 M. bestraft.

Diese Verordnung tritt sofort in Kraft.

Interessant ist aus den Verhandlungen mit dem Magistrat, daß vorklebende Erlaß des Oberkommissars auf dem Tanziger Magistratsbureau entstanden ist. Eine Tatsache, die allen national gesinnten Kreisen unbedingt zu denken Veranlassung geben sollten. Die Wiederaufnahme der Arbeit ließ sich technisch nicht so durchführen, wie es wünschenswert gewesen wäre. Die Besprechungen mit dem Stadtrat Königs geführten Verhandlungen führten zu dem Ergebnis, daß durch den Magistrat und die Organisationsleitung noch die nötigen Vorkehrungen getroffen wurden, um die reibungslose Weitergabe der Betriebe durch die Technische Nothilfe in die Wege zu leiten.

Nachträglich meldeten sich auf dem Streikbureau einige städtische Arbeiter, die von den Betriebsleitungen zurückgewiesen wurden. Wie dürfen wohl annehmen, daß inzwischen den Betriebsleitern ungenügend zum Ausdruck gebracht wurde, daß sie alles zu bewerkstelligen haben, was zur erneuten Beurlaubung der städtischen Arbeiter führen kann.

Notizen für Gasarbeiter

In Nr. 8 des „Journal für Gasbeleuchtung und Wasserversorgung“ wird ein Artikel veröffentlicht. Unterschieden in der Eigenart einer schönen Seele mit „Spectator“, „Spectatorium“ wäre richtiger gewesen. Wir hängen das Ding trotz unseres chronischen Mangels nachfolgend niedriger:

Die Leistungen und die Ansprüche der Gemeinbediensteten.
 Mehr als Jahresfrist ist nun vergangen, seit das alte Staatsoberhaupt in Teufelskuch zusammenbrach und der neue Reichstag unter dem Reichsgesetz „Zustimmung heißt Arbeit“ angetreten wurde. Da ist es doch wohl schon an der Zeit, zu prüfen, was uns die neue Aera gebracht hat. Es kann natürlich in diesem Rahmen nicht beabsichtigt werden, ein Gesamtbild der Entwicklung geben zu wollen. Dazu sind die Ergebnisse noch zu wenig geklärt und werden noch zu sehr durch die Parteibillie gestört. Aber in den großen Gemeinbediensteten, die man heute als lebenswichtige bezeichnet und unter Augen hat, kann man doch wohl schon er-

kennen, welche Früchte am Baume der Arbeiterherrschschaft reifen und wohin die Reife geht.

Zunächst mögen etliche Zahlen reden, die von einigen großen Gaswerken vorliegen und einen Vergleich zwischen Herbst 1913 und Herbst 1919 ermöglichen. Vor allem interessiert uns die wichtigste Klasse: die der Chemarbeiter. Und zwar haben sich diese vermehrt bei der Stadt Berlin von 671 auf 1276, bei der Gasbetriebsgesellschaft von 26 auf 112, in Charlottenburg von 186 auf 368, in Köpenick von 35 auf 591, also eine ungeheure Zunahme. Man kann nun nicht behaupten, daß die Arbeit an sich schwerer geworden ist. Gewiß, es sind einige erschwerende Momente vorhanden, z. B. bei Verifikationen, wenn infolge von ungenügender Kohle der Reiz nicht reicht und bei der Generalarbeitsbedingung, wenn die Kohle sehr schmutzhaft ist. Dem stehen aber auch ganz gewöhnliche Erleichterungen gegenüber. Turausweg ist die Anwesenheit der Arbeiter fast verlängert worden, so daß viel weniger Arbeiter in der Zeitscheit zu bedienen sind und mit den härteren Winterbedingungen und Ausbleiben der englischen Kohle ist das lästige und schwere Anheben der Posten und Zickzackarbeit ganz fortgefallen. Ferner trotzdem die Chemarbeiter den Zehnfachtag verlangt und durchgesetzt haben, so ist das als eine durch die tatsächlichen Verhältnisse in keiner Weise begründete Klage vor der Arbeit zu bezeichnen. Auch in der Arbeitsmoralität war niemand überlastet. Bei einigen guten Willen wäre es auch leicht möglich gewesen, in der Zehnfachtagarbeit viel mehr zu leisten, als dies tatsächlich geschieht. Die Behebung der Arbeiter kommt dann auch nicht auf gegebenen Tatsachen, z. B. dem Klimawandel, sondern ist ganz willkürlich. Zum Beispiel bei den Gezeiten, bei denen es bisher eine erhebliche Erleichterung der Arbeit eingeleitet ist, betrug die Behebung einmal 2 Proz., einmal 10 Proz., einmal 66, 68, 71 und 97,8 Proz. Da, wo nur 25 Proz. Arbeiter mehr gebraucht wurden, handelt es sich um ältere, ruhige Leute unter geschützter Aufsicht. Ähnlich schwanken die Mannmengen in Berlin zwischen 2 und 20, die Sozialisten zwischen 33, 37,5, 100 und 131, die Sozialisten zwischen 11, 100 und 133. Die 14 Proz. Behebung sollen wiederum auf ein Ziel mit ruhigen älteren Leuten. Weit geht, daß man nun diese Mittel gebrauchen könnte, um den Leuten ins Bewußtsein zu reden. Der einzige Erfolg ist dann der, daß die Arbeiter, die nur um 11 Proz. weniger arbeiten als im Frieden, sofort den Austausch erleben, daß sie 26 Proz. mehr Lohn haben müßten als jene, deren Rückzahlung eine Vermehrung von 100 Proz. nötig machte. Es wird überaus behäuflich auf die hingewiesen, die am wenigsten leisten und der Versuch gemacht, die Abmoralisierung und den Keim zum Verfall zu veranlassen und ganz offen mit der positiven Reklamation droht, wenn man nicht alles tut, was der Arbeiter gerade wünscht. Und angesichts dieser wahrhaft kümmerlichen Arbeitsleistungen wagen es die Hege immer noch, die Betriebe mit dem Spitznamen „Anwesenheitsmühle“ zu bezeichnen. Der Gedanke, daß für einen anständigen Tagelohn auch ein anständiges Ziel Arbeit geleistet werden muß, ist völlig aus dem Sinne des jämmerlichen geordneten Arbeiters verschwunden. Gewiß, er sieht theoretisch ein, daß gearbeitet werden muß, sieht aber zu gleicher Zeit, daß er eigentlich keine Lust hat zum arbeiten. Woran liegt das?

Wie in Wissenschaft und Forschung, so auch im Menschenleben gilt es der Naturgelegen zu folgen. Nicht wider die Natur heißt es zu wirken, sondern im Bunde mit der Natur!

Rausen macht uns dann in seinem Buche in weitestgehender Weise mit der Natur bekannt, indem er den Leser im Geiste „Auf Schneeschuhen übers Gebirge“, „Von Bergen nach Kristiania“, und „Von Kristiania zurück nach Voss“ führt, uns dann „Haralds Jagdgeschichten“ erzählt, mit dem „Winter im Gebirge“ betannt macht, „Nach Island und Van Vanen“ führt, uns ferner im Geiste an einer „Herbstjagd in den Bergen“ teilzunehmen läßt, den balzenden Auerehahn und „Montanes und die Elenberge“ zeigt . . .

Aus dem Kapitel „Winter im Gebirge“ geben wir folgende interessante Schilderung wieder:

Montag, 5. Februar.

Wie schön der Schnee ist! Schau, wie fein und leicht er draußen herabrieselt, wie weich die Decke liegt über Höhen, Steinen und Felsbänken und über niedergebogenen Bäumen, über dem Eis auf dem See und den alten Schneeschuhspuren in der Richtung, aus der ich gekommen war. Alles ist leicht und behutlos mit dem reinen Teppich gedeckt. Und der Kern der Welt liegt unendlich weit weg, er ist ausgefaltet — hier wird jeder Laut gedämpft. Der Tannenwald und die Falden sehen still und weiß im Sonntagsat, und der Nebelhauch dort draußen verdrängt ganz im Schneeriefel. Die Eisfläche leuchtet in kleinen Wellen im Sonnenschein, der auch durch mein Fenster herabdringt und es auch hier unter der Strahlende Licht und leicht und hoch macht. Und die Sonne steht dort oben in der riesigen Schneefalte.

Träumen und draußen herrscht feierlicher Sonntagsfriede, trotzdem es Montag ist. Ja, wahrhaftig, es ist Montag, und dort unten auf Holmenfellen bei Kristiania ist Schneeschuhlauf, da a bis Tauferde von Menschen, Pferde und Schlitten und Bankreihen, und Hurrarufe und Gelächter.

Ja gewiß, das ist Leben und Frische, ein Bild von Schnee, von Winter und norwegischer Jugend! Und was hat es nicht unserm

Reize gegeben! Man denke nur einige Jahre zurück, was die Jugend dann als getrieben, und wie tot es damals im Winter rings um die Städte und in den Tälern war; kaum eine Schneeschuhspur in dem tiefen Schnee zu sehen. Und jetzt? — Wenn nur nicht soviel „Sport“ dabei rare, „Niederde“ und all das Unwesen, das, wie die Fremdworte selber, aus der Fremde eingeführt ist — das verdeckt die Sonne . . .

Ich bin heute ganz allein. Halbvor habe ich ins Tal nach Proviant geschickt. In einem Umkreis von vielen Meilen kein Bundes Wesen. Nur Meiser Lampe sitzt im Schneewetter weiß und schön unter den niedergebogenen Tannenbüschen; er macht sich's bequem, pußt sich und sitzt in die Sonne wie ich.

Weit weg, tief unter diesen weißen Flächen, wogt das Leben des Menschengeflechts . . .

Ja, das Leben! Was haben wir daraus gemacht? Eine endlose Reihe von Trivialitäten und Kleinlichkeiten! —

Und was haben wir uns gewünscht? Das Leben einfacher zu gestalten, damit wir das schaffen können, was wir eigentlich wollen, und daß die Kräfte nicht unterwegs von allerhand Kleinlichkeiten aufgebraucht würden, von all dem, was wir nicht wollen. Volle Entfaltung unserer Kräfte, unserer Persönlichkeit, unseres inneren Wesens — das, was wohl die Bedingung für alles echte Lebensglück ist.

Wie weit sind wir gekommen? Es geht den verkehrten Weg. „Mach die Schluppe länger, und du machst die Schwingen kürzer.“ heißt es. Aber ist es nicht gerade die Schluppe, an der wir arbeiten? Jede neue Erfindung kann wohl Erleichterung geben, vermehrt aber die Bedürfnisse und bindet uns fester an Kleinlichkeiten. Das Leben wird immer verwickelter.

Vom Zeit und dem Kamelhaarmantel sind wir weit abgekommen! Und die Schwingen?

Die materielle Entwicklung hat in der lärmenden Gesellschaft Europas die Herrschaft. Und die geistige Entwicklung — wer fragt nach ihr? Neugieriger Luxus, materielles Wohlbefinden sind, scheint

Weshalb nicht am Arbeiter, dem edlen Idealisten, selbstverständlich aber am Unmenschlichen, dem unverschämlichen Leutschnöder. Der vergaß dem ehrlichen Arbeiter die Lust an der Arbeit, weil er ihm nicht jeden Wunsch sofort erfüllt. Und dieser Wünsche sind Legionen, alle haben denselben Zweck: weniger Arbeit, mehr Lohn und bewegen sich in einem circulus vitiosus. Um die Arbeit, welche schwieriger und für den Betrieb wichtiger ist, besser entlohnen und damit ihre richtige Ausführung sichern zu können, müssen die Beamteten „erschwerete Arbeit“ und „erhöhte Verantwortung“ in den Lohnziffern eingeleitet werden. Sofort entbeden alle Arbeiter, daß sie Schwarzarbeiter sind und eine ungeheuer verantwortungsvolle Arbeit haben, also alle nach dem erhöhten Lohnziffer bezahlt werden müssen. Sobald dies aber erreicht ist, verlangt der wirklich schwerer belästete Arbeiter nach seinem Rechte und das Spiel geht von neuem an mit Grazie in infinitum. Ein Beispiel: Alle Eisenarbeiter sagen: Wir tun Arbeit mit der allergrößten Verantwortung. Wenn wir die Ventilation nicht schließen, so werden die Celen kalt und es wird kein Gas gemacht und wenn wir die Motoren nicht schließen, so brechen sie durch und die Celen sind zerstört. Es war den Leuten nicht klarzumachen, daß sie nur ihre Pflicht tun, wenn sie ihre an sich sehr einfache Tätigkeit ordentlich erfüllen, während z. B. der Kranführer beim Entladen eines Schiffes mit der gespanntesten Aufmerksamkeit und Geschick arbeiten muß, wenn er nicht Mann und Mannhaft geübt wird, der Dampfbohrer sehr sorgsam zu disponieren hat, um nicht Menschenleben in Gefahr zu bringen und aus diesem Grunde eben eine Arbeit mit besonderer Verantwortung verrichtet. Verantwortlich gemacht wird natürlich jeder, wenn er schlecht arbeitet, aber die erhöhte Verantwortung liegt in der besonders schwierigen Aufgabe, die ein einzelner, nicht eine Reihe von mechanisch arbeitenden Leuten durch Aufmerksamkeit und Nachdenken zu lösen hat.

Das ganze Interesse der Arbeiterklasse und ihre wirklich sehr intensive Tätigkeit gehört also nicht ihrer Arbeit, sondern dem Wunsch, die Arbeitslöhne zu vermindern, den Grundlohn zu erhöhen, in eine andere Lohnklasse zu kommen, endlich die Herrschaft in der Fabrik an sich zu nehmen. Die Verhandlungen werden immer unermüdlicher. Es wird ein roher Ton angeschlagen und mit den üblichen Schlagworten gearbeitet. Auch ist der Sinn für die Wahrheit bei den Leuten wenig entwickelt. Fast alle Beispiele aus anderen Werken, die beweisen sollen, daß man dort schon das betreffende Sachverhältnis gemacht hat, stellen sich als erfunden, übertrieben oder entsetzt heraus. Die Frucht der seit Jahrzehnten tätigen gewissenlosen Verberbung der Leute ist eben eine Selbstverfassung, der man maßlos gegenübersteht. Zum Beispiel wird allen Einiges geglaubt, der Postmangel komme nicht von der Minderleistung der Postleute, nicht von der notorisch unzulänglichen Arbeit in den Eisenbahnreparaturwerkstätten, sondern daher, daß die Löhne von den Kapitalisten und dem Reichsfinanzministerium verhöhnt würden, teils aus Genußsucht, teils in der ausgesprochenen Absicht, den Zusammenbruch und dann die Zerschlagung herbeizuführen. Man unterstelle die Kohlenherzeugung und -verteilung den Betriebsräten — so sagen sie — und alles wird in schönster Ordnung sein.

Zu den Ausführungen erlauben wir uns nur folgendes zu be-

merken. Der Artikelschreiber kann sehr erfreulich schimpfen und verleunden. Er schreibt, daß die Arbeiter einen rauhen Ton anschlagen, mit übelsten Schlagworten arbeiten und daß der Sinn für Wahrheit bei den „Leuten“ wenig entwickelt ist. In denselben Zusammenhang kommt der Mann es fertig zu behaupten, „die Frucht der seit Jahrzehnten tätigen gewissenlosen Verberbung der Leute ist eben eine Selbstverfassung, der man maßlos gegenübersteht“. Wer so gewissenlos als Scharimader die Wahrheit auf den Kopf stellt, tut natürlich gut an ihm zu kleben. Im übrigen kann der Mann nur mit Rücksicht genossen werden. Die Zahlen, die im zweiten Abzuge gebracht werden, sind sehr bestechend. Jeder vergißt man das Wichtigste mitzuteilen, um wieviel Kubikmeter ist vom Herbst 1913 bis zum Herbst 1919 die Gasproduktion gesunken? Auch in der „Kohlenindustrie“ war niemand überlastet. Diese Behauptung beweist, daß der gute Mann die Arbeit des Eisenarbeiters velleicht vom Hörensagen, nicht einmal aber vom Ansehen kennen gelernt hat. Daß in Berlin in den einzelnen Werken die Arbeiterzahl so arg verschiedenartig gestiegen ist, soll an der Anzahl der Arbeiter liegen! Wir bitten um nachprüfbares Material. Den ganzen Jargon der Weltgeschichte beschwört „Spectator“ über die Arbeiter, diesen Kaulbeuten, die zügellos geworden, nicht Lust zum Arbeiten haben, weil die Eisenarbeiter es wagen, sich als Arbeiter mit erhöhter Arbeit und verantwortungsvoller Tätigkeit anzusehen. Das machen sie nur, um Geld zu schmiden. Die Gasanzahl geht auch dem Vanzerott entgegen, wenn den Eisenarbeitern der Lohn nach Lohnklasse 3 mit 13, 33 Pf. „die schneidenden“ Pfennig pro Stunde höher bezahlt wird, als „Spectator“ für richtig hält. Nach dessen Aufschauung müßte natürlich die Produktionsleistung nicht einseitig übersehen werden. Zu vier Arbeitern muß immer ein Arbeiter stehen, der Lohn soll so bemessen sein, daß sich die Arbeiter nicht mal mehr den Hungerriemen bar kaufen können. Tann legen wir ihnen in das Land der Scharimaderträume, wo der Arbeiter mit 40 Jahren verbrandt zum alten Eisen geworfen wird und in keiner Gasanzahl mehr eingestellt würde.

• Landstraßenwörter •

Bezirk Engen (Konstanz). In einer stark beachteten Versammlung sprach Kollege Blum über die veritablen und noch schwebenden Kohnkämpfe, die sich durch den Negierungserlaß ihrem Ende nähern. Die nächsten 14 Tage müssen die Entscheidung bringen, ob die Schlichtungsausschuss Konstantz angerufen wurde. Aber ein Jahr stehen wir nun in beständigen Kämpfen mit dem Kreisauschuss. Den ganzen Sommer sind wir mit Verhandlungen gequält worden, bis die Wähler sich dem Gemeinde- und Staatsarbeiterverband angeschlossen haben. Nur langsam aus kleinen Anfängen hat sich der Verband entwickelt. Am 1. Juli hatten wir kaum 20 Mitglieder. Aber schon am 1. Oktober hatten wir die stattliche Zahl von 61 Mit-

es, Lösung und Ziel geworden, und für wie viele wiegt das nicht schwerer als manche geistigen Werte?

Ein Beispiel! Wenn ich zu einem Freunde komme, und er bittet mich, zum Abend zu bleiben, damit wir miteinander plaudern können, und er legt mir dann nur seine gewohnte Halbergrüße vor, müßte ich mich da nicht geacht fühlen? Denn er legt voraus, daß ich, wie er, das als eine Nebenläche im Leben ansehe, und daß es Geist und Begabung sind, mit denen zusammenzusein schon ein Fest ist. Aber ob nicht manche es als eine Beleidigung auffassen würden, daß man nicht mehr Staat mit ihnen macht?

Wer hat den Willen und den Mut, einfach zu sein, wenn es nicht gerade Mode ist?

Mode! Man denke: eine „Kultur“, die Reden hat, den Stempel der Unselbständigkeit, der verwachsenen Persönlichkeiten! Werdet nicht ein, daß nur Frauen und räkische Mannsleute der Mode nachlaufen. O nein, nicht nur in Kleidern, Essen, Trinken und dergleichen haben wir Moden. Es herrschen auch in der Kunst, in der Literatur, in der Wissenschaft, ja in unsern Meinungen, in unserer „Herberzeugung“.

Und es wird immer schlimmer. Mit den immer schneller werdenden Verkehrsmitteln nimmt das Tempo unheimlich zu. Früher brauchte eine neue Mode Jahre, um zu uns zu gelangen. Jetzt braucht sie ebenso viele Tage oder Stunden; — und unaufhörlich wechselt sie.

In dieser lärmenden Hektik hat man keine Zeit, seine eigene Meinung zu bilden; so leuchtet man hinter derjenigen der letzten Mode her. Man darf doch nicht etwa entdecken werden, wie man das mit einem Hut oder einer Ansicht oder einer Meinung oder einem Unterrod, die schon atmobilisch geworden sind!

Unser ganzes Leben ist darauf eingerichtet, auf andere zu wirken; es ist nicht so eingerichtet, wie wir es selber wünschen könnten, sondern so, wie die andern, der Harse, es will. So wohnen wir, so kleiden wir uns, so speisen wir, so schlafen wir, so arbeiten wir, so denken wir, ja — so lieben wir auch.

Wann kommt das neue Geschlecht, das all diese Zeitvergeudung abschüttelt, das kein eigenes Leben lebt, es selbst ist, freie Männer und Frauen, das das Kleine klein sein läßt und die Schönheit und Harmonie ins Leben zurückführt?

Wie soll das enden? Ohne Ruhe zur Verarbeitung der neuen Eindrücke, ohne Selbstvertiefung kann sich wohl kein Mensch entwickeln. Aber wann findet man dazu die Ruhe in der modernen Gesellschaft?

Neue Eindrücke pflanzen sich immer schneller fort; wir bekommen jetzt mehr von ihnen an einem Tage als früher in Monaten und Jahren. Sie wimmeln heran mit dem Telegraphen, mit den Zeitungen mit dem Telephon. Und wenn wir in die Welt hinaus reisen, um den Horizont zu erweitern, durchfahren wir in einer Woche mehr, als wir früher in einem Jahre sahen.

Und das arme Gehirn müht sich mit all diesem Stoffe ab. Es ist in der Entwicklung nicht nachgefolgt. Sein Raumgefühl und seine Kräfte sind so begrenzt wie sie früher waren, während der Stoff, die Eindrücke unbegrenzt geworden sind — es wird mit ihnen nicht mehr fertig.

Wir sehen, wir hören unendlich viel mehr, aber wir lernen weniger. Das muß mit logischer Notwendigkeit zur Oberflächlichkeit führen; es wird unmöglich, in die Tiefe zu gehen. Das gibt Mangel an Originalität, Mangel an Persönlichkeit.

Und das Uebel wächst, es wächst in geometrischer Progression. Wo soll das enden?

Roussau, du bist heute nötiger denn je zuvor! Damals war nur eine kleine Oberlicht auf Abwege geraten, jetzt ist das ganze Leben der Gesellschaft so geworden, daß es mit Eisenbahngeschwindigkeit den verkehrten Weg einschlagen muß.

Ein größerer Geist muß kommen, der den Zug umlenkt und höher hinauf, zur Vereinfachung, führt. Kommt er nicht, dann gehen die Menschen zugrunde!

legen. Am Jahresabschluss standen wir auf 73 Mitglieder. Da kam der Regierungserlass, wonach die Gehälter und Bezüge der Kreisstrafenwärter in gleicher Höhe wie die der Staatsstrafenwärter zu halten sind. Das hat die noch fernstehenden Kollegen ausgereutet, und in ganz kurzer Zeit hat sich die Mitgliederzahl beinahe verdoppelt. Noch hat man selbstverständlich keine genaue Uebersicht, aber wohl läßt sich sagen, daß heute 120-130 Wächter im Verband sind. Daß wir nun ganz anders auftreten können, liegt auf der Hand. Zum Schluß erwähnte stellige Vium die Kollegen, dem Verband treu zu bleiben. Dann müssen und werden wir bald besseren Zeiten entgegensehen.

Nad Pörsburg. In der Versammlung der Strafenwärter und Arbeiter des Kreisbezirks Wolfenbüttel am 28. Februar hielt Gaukler Wachenberg einen Vortrag. Es traten dem Verbands 50 Mitglieder bei, worauf eine Filiale errichtet wurde. Die Vorstandswahl ergab: Wilhelm Lampe, 1. Vorsitzender, Wilhelm Banse, 2. Vorsitzender, Karl Stedhan, Kassierer, Fritz Rujad, Schriftführer.

• Aus unserer Bewegung •

Gaue Dresden und Bripzia. Für die städtischen Arbeiter der dem Arbeitgeberverband städtischer Gemeinden angehörenden Kommunen ist am 14. Januar 1920 zwischen dem genannten Verband und unserer Organisation eine Lohnsachle mit Gültigkeit bis 31. März 1920 abgeschlossen worden. In § 10 der Tabelle wurde festgelegt, daß beide Vertragsparteien in eine Prüfung der Verhältnisse und somit in eine Herabsetzung der Lohnsätze eintritten müssen, wenn veränderte wirtschaftliche Verhältnisse die Lohnsätze als nicht mehr gerechtfertigt erscheinen lassen. Nach schwierigen Vorarbeiten traten beide Parteien zu der Aufzeichnung der Lohnsätze am 5. März in Dresden in Verhandlung. Da eine Einigung nicht erzielt wurde, mußte die Angelegenheit dem Schlichtungsausschuß überwiesen werden. Nach erfolgter Entscheidung wird Bericht erstattet.

Ammendorf b. Halle a. S. Am 16. Januar ist unser Tarifvertrag dem Gemeindevorstand und unserm Filialvorstand in Halle unterzeichnet worden. Der Lohnkoeffizient paßt sich im allgemeinen den Richtlinien an. Der Lohnkoeffizient sieht folgende Sätze vor: 1. Vollwertige Arbeiter über 21 Jahre: Anfangslohn pro Stunde 2,20 Mk., nach einem Jahr 2,37 Mk., nach zwei Jahren 2,40 Mk., nach drei Jahren 2,50 Mk. 2. Vollwertige Handwerker über 21 Jahre (hierunter fallen auch diejenigen Arbeiter, die im Kanalarbeit beschäftigt sind): Anfangslohn pro Stunde 2,30 Mk., nach einem Jahre 2,40 Mk., nach zwei Jahren 2,50 Mk., nach drei Jahren 2,60 Mk. 3. Berufarbeiter, Arbeiter usw.: 0,10 Mk. pro Stunde mehr als die ihm unterstellten selbständigen Arbeiter und Handwerker. 4. Vollwertige Arbeiter unter 21 Jahren: Von 14 bis 16 Jahren pro Stunde 1,20 Mk., von 16 bis 18 Jahren 1,50 Mk., von 18 bis 21 Jahren 1,80 Mk. 5. Handwerker unter 21 Jahren: Pro Stunde 2 Mk. 6. Vollwertige weibliche Kreisstrafenwärter: Von 14 bis 16 Jahren pro Stunde 1 Mk., von 16 bis 18 Jahren 1,20 Mk., von 18 bis 21 Jahren 1,40 Mk., über 21 Jahre 1,75 Mk. — Bei Heberstunden ist ein Zuschlag von 25 Prozent, für Sonntagsarbeit ein solcher von 50 Prozent zu zahlen.

Fenn. In der gut besuchten Mitgliederversammlung berichtete Kollege Kalkule über die Verhandlungen im Rathaus. Unsere Forderungen, die in der Lohnkommission in Höhe von 80 Mk. ab 1. Januar Annahme fanden, mit dem Zusatz ab 1. März 85 Mk. wurden in der Kommissionsberatung über den Dauten geworfen. Als Ersatz wurden den Arbeitern die Löhne der Staatsarbeiter angeboten. Um ihnen die Sache schmackhaft zu machen, plante man die Kinderzulagen wieder zur Einführung zu bringen. Unsere Vertreter ließen der Verwaltung keinen Zweifel darüber, wie die städtischen Arbeiter sich zu diesen Vorschlägen stellen würden. Die Arbeiterschaft lehnte denn auch diese Art der Ausgleichsfrage ab. Die Versammlung nahm eine Entschiedenheit an der Angelegenheit, daß die städtischen Arbeiter an den von ihnen geforderten Säben festhalten, eine Herabsetzung der bestehenden Lohnsätze und Umgruppierungen nach den Wünschen der Verwaltung ablehnen und der Wiedereinführung von Kinderzulagen einschärfenden Widerstand entgegenzusetzen werden. Die Versammlung beidloß ferner, eine öffentliche gemeinsame Versammlung mit der christlichen Organisation abzuhalten, und zu dieser den Bürgermeister und die Stadtverordneten einzuladen, um ihnen Gelegenheit zu geben, sich selbst von der Stimmung der städtischen Arbeiter zu überzeugen. Der Bürgermeister lehnte einen Besuch der Versammlung ab, von den Stadtverordneten waren einige Vertreter der Sozialdemokratie und des Zentrum erschienen und diese werden hauptsächlich Gelegenheit nehmen, dem Bürgermeister den Ernst der Situation zu erklären. Der den Klassen der Erbsenen referierte Kollege Kalkule über den Gang der Verhandlungen. Die Stadtverordneten Herr, Carnes (Soz.) und Wellmann (Z.) sprachen im Sinne der Forderungen der Arbeiterschaft. Anders erging es dem Herrn Zentralvorsitzenden des „Christlichen“ Verbandes, der verfuhrte, den Vorwürfen die Vorgänge der Kinderzulagen begründlich zu machen.

Er wurde von der Versammlung durch Schlußrufe unterbrochen. Auch Herr Meuser wurde veranlaßt, seine Verdächtigungen gegen den Kollegen Kalkule, den er beschuldigt hatte, er hätte unsere Forderungen von 85 auf 25 Mk. reduziert, zurückzunehmen. Eine Entschiedenheit unserer Mitgliederversammlung wurde angenommen. Hoffentlich hat die Verwaltung nun Einsicht und beidwort nicht noch stärkere Erregung der Arbeiter herauf.

Dresden. In der Generalversammlung am 18. Februar erstattete Kollege Decker den Geschäftsbericht. Ein arbeitsreiches Jahr liegt hinter uns. Alles wurde darangelegt, die Löhne zu verbessern. Anfang Januar betrug der Lohn in den städtischen Betrieben für Handwerker 1,06 Mk. bis 1,21 Mk., für ungelernete Arbeiter 0,90 Mk. bis 0,97 Mk. und für Arbeiterinnen 0,68 Mk. bis 0,72 Mk. Bis Ende 1919 trat eine Erhöhung der Löhne für Handwerker um 81-74 Proz., für ungelernete Arbeiter um 83-85 Proz. und für Arbeiterinnen um 25-28 Proz. ein. Bis zum heutigen Tage beträgt die Steigerung für Handwerker 174-184 Proz., für ungelernete Arbeiter 206-194 Proz., für ungelernete Arbeiter 188 bis 180 Proz. und für Arbeiterinnen 157 Proz. Außer diesen Löhnen erhielt die Arbeiterschaft die Weihnachtsgeldscheine, und in der Wirkung auf die Löhne vom 1. Juli bis 31. Dezember 1919 umgerechnet, so ergibt sich eine weitere Erhöhung um 80 Mk. pro Stunde. Besonders ist die Mitgliederzunahme. Die Filiale zählte am 31. Dezember 1919 6801 Mitglieder. — Kollege Völschen erstattete den Massenbericht. Einer Einnahme von 11.829,- Mk. steht eine Ausgabe von 6461,83 Mk. gegenüber, so daß am 31. Dezember 1919 ein Reinerlös hand von 5367,17 Mk. vorhanden war. Kollege Stobie berichtete über die Bildungsanstalten der Filiale. Zur Verfügung der Bildungscommission wurden 1000 Mk. bewilligt. Zum Besonderen der Filiale wurde Kollege Decker, zum Kassierer Kollege Völschen und zum Schriftführer Kollege Meuser wiedergewählt. Als Mitglieder wurden erwählt die Kollegen Stierke, Müller, Kähler, Kähler, Vilam, Wolf, Reubich, Paul, Meißel, Dein, Otto, Saub, Mediger und die Kolleginnen Freylich und Petersil.

Gildeweg. In der Generalversammlung vom 18. Januar erstattete der Kassierer Jakob Adam den Massenbericht vom vierten Quartal 1919. Die Einnahme der Kassiere betrug 2911 Mk., die der Gelohne 71690 Mk. Die Mitgliederzahl betrug 68. Der neu abgeschlossene Tarifvertrag lehnt die Löhne wie folgt fest: Gelohnte Arbeiter 2,80 Mk., ungelernete Arbeiter 2,40 Mk., ungelernete Arbeiter 2,30 Mk. Urlaub wird gewährt nach einem halben Jahre 3 Wochentage, nach einem Jahre 6, nach zwei Jahren 8, nach drei Jahren 10 Wochentage und nach fünf Jahren 2 Malenbewerben. Der Tarifvertrag ist für Gildeweg als verbindlich zu bezeichnen, nur einige Punkte müssen festgelegt werden. Weibliche Arbeiter müssen die Herabsetzungen unter eine und einheitliche gebracht sein. Dieses hoffen wir demnächst zu erreichen. Wir appellieren daher an alle Kollegen, die Versammlungen verbindlich zu besuchen und Eingabe zu machen. Im Bewußt des Vorstandes ergab Albert Kasper, 1. Vorsitzender, Hermann Kollowatz, 2. Vorsitzender, Jakob Adam, Kassierer, Richard Wörke, Schriftführer. Eine Sammlung für unsere notleidenden Kameraden in Dentschland ergab die Summe von 111,50 Mk., die dem Gewerkschaftsrat überreicht wurde.

Leipzig. In der Versammlung aller in städtischen Betrieben beschäftigten Handwerker am 4. Februar referierte Kollege Decker einen Bericht über: Welche Organisationsform ist die beste? Er führte u. a. aus: Diese Frage ist längst entschieden. Durch die Revolution ist sie jedoch wieder akut geworden in gan der Sozialisierung. Die Betriebsräte sind nun dann Kollege fertig, wenn sie einer Organisation angehören. Die Arbeiter verband noch nicht über die Aufgabe, die Betriebe zu leiten, obwohl sie anfangs geplant haben, es schnell zu erreichen. Da man dies eingesehen hat, ist man dazu gekommen, auch die Kopfarbeiter hinzuzuziehen. Die beste Organisationsform ist die Hand- und Kopfarbeiter umfaßt, wie sie bereits in der Metallindustrie besteht. Es gilt, die notwendige Organisationsform zu schaffen. Diesem Umstand steht jedoch das Fachverbändertum entgegen. Man stand diesen Annahmen in den einzelnen Organisationen furchtlich gegenüber. Die allgemeinen Aufgaben der Kreislauf von Forderung, Lohnforderungen, der die Kräfte der Gewerkschaften voll in Anspruch nimmt, lösen keine Zeit für weitere wichtige Probleme. Bei der Gründung des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes (1906) waren in Gemeinbetrieben keine neu-entstandenen Fachverbände vorhanden. Es war in diesen Jahren gefahrlos für den Gemeindearbeiter, überhaupt einer Organisation anzugehören, da er es seiner Vöhrde werden mußte. Die Grenzstreifen mit den anderen Organisationen sehen allerdings sofort ein, als unter Beibehaltung des Kadavers erbrachte, daß die Gemeinbarkeit doch unvermeidbar sein. Der jetzt in Leipzig angebrochene Meinungsunterschied wird vereinzelt sein. In Dresden fand eine ähnliche Versammlung statt. Der Metallarbeiterverband hatte dort eine Präsidentschaft für die städtischen Handwerker gegründet und sie dabei bearbeitet; nachdem jetzt infolge der Revolution keine Gefahr mehr bestände, sich zu organisieren, mußten sie sich dem Metallarbeiterverband anschließen. In Bremen ist von den Metallarbeitern eine Revolution angenommen worden, die dem Gemeinde-

arbeitervereinigung jede Agitation unter den städtischen Arbeitern verboten. Diese seien vielmehr dem Metallarbeiterverband und dem Verband der Maschinen- und Eisenerzeuger anzuführen. In Bezug auf die Zusammensetzung des Gewerkschaftsbundes die wir auf dem Münchener Kongress abändern wollten. Der Kongress hat eine Resolution angenommen, die unsere Organisationsform nach Betrieben offiziell anerkennt. Diese Resolution wird den Handwerklern zumeist nicht bekanntgegeben, auch das „Korrespondenzblatt“ des Gewerkschaftsbundes brachte sie erst auf mein besonderes Ansuchen. Man kann nicht behaupten, daß es uns nicht möglich sei, für die Handwerker in händischen Betrieben höhere Löhne wie für die in Privatbetrieben herauszufinden. Wir müssen die Dinge in ihren Konsequenzen beurteilen. Können die Tarife der Berufsorganisation nach Betrieben offiziell anerkannt, können die Tarife der Berufsorganisation in den städtischen Betrieben zur Anwendung, würde die Einheitlichkeit der Löhne durchbrochen. Für die Verwaltung in den Betrieben besteht außerdem keine Möglichkeit, die Verarmung von Einzelregulierung der Löhne in solchen Umfang durchzuführen. Auch kann sie nicht in verschiedenen Arbeitsstellen disponieren. In der Privatindustrie sind die tariflichen Löhne meist Mindestlöhne, bedeutend höhere Löhne sind üblich. In händischen Betrieben wäre der Tariflohn das Maximum; schon dadurch würden sich die Handwerker schlechter stellen. Wir erziehen die Gewerkschaft der Arbeiter und Arbeiterinnen bei Gehaltsfortzahlung bei Krankheits- und Ruhegehaltsberechnung. In der Privatindustrie ist das noch undurchführbar, die Berufsorganisationen machen da auch nicht mit. Die sozialen Einrichtungen, wie wir sie durchgeführt haben, will der Metallarbeiterverband nicht betreiben. Auch die Vertretung höherer Forderungen in händischen Betrieben lehnt er ab, da ihm nicht die in Privatbetrieben Beschäftigten aufs Dach steigen würden. Hohe Industrielöhne bedeuten ohne weiteres Stellen der sozialen Leistungen. Wir wollen die sozialen Einrichtungen nicht preisgeben, ihre Tendenz ist vornehmlich für die Gesamtgewerkschaft. Dem Tarifvertrag mit der Thüringer Gewerkschaft müßten wir infolge des Verhältnisses der Beschäftigten zustimmen, obwohl er keine sozialen Einrichtungen vorsieht, so auch bei einem anderen Tarif. Die Stadtverwaltungen gehören den Arbeiterverbänden an, in denen sie nur ein Recht haben entsprechend der von ihnen beschützten Arbeiterzahl. Bei Verhandlungen der Arbeiterverbände mit den Arbeitgeberverbänden würden die städtischen Arbeiter ausgeschlossen bei Festlegung der Löhne. Bei Streit einer Fachgruppe der Privatindustrie müßten die diesem Arbeiterverband angeschlossen städtischen Handwerker mitstreifen. Ein Streit in händischen Betrieben ist von ganz anderen Folgen bezeugt. Kommen die in einheitlichen und geschlossenen Vorgehen, wenn Erfolge erzielt werden können. Organisieren sich die städtischen Handwerker nach Betrieben, so bedeutet das Zerstückelung. Wenn wir zum Sozialismus kommen wollen, muß Einheitlichkeit bestehen. Die Gewerkschaften sind eine Vorstufe zur Sozialisierung; wir haben gar keine Veranlassung, unsere Organisation zerstückeln zu lassen.“ — Darauf sprach Peterlich vom Reichsarbeiterverband: „Das Vorgehen des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes war die Richtschnur, weshalb wir gegen ihn Stellung nahmen. Der Gewerkschaftskongress in München hat wohl den Gemeinde- und Staatsarbeiterverband und den Eisenbahnerverband anerkannt, aber nur deshalb, weil er zwei solche große Organisationen nicht mit einer Sonderorganisation befragen wollte. Der Antrag des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes, Berufsorganisationen betreffend, ist jedoch abgelehnt worden. Anhand von statistischen Bestimmungen suchte jeder den Nachweis zu erbringen, daß das Vorgehen des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes nicht berechtigt sei. Die Verhältnisse in der Privatindustrie sind ganz anders geartet, diese können auch nicht herangezogen werden bei der Aufgabe, die wir bei den händischen Betrieben bezüglich Sozialisierung und Kommunalisierung voraustritten. Die händischen Verwaltungen müssen dazu überreden, den Handel, die Lebensmittelproduktion und die Industrie in eigene Hände zu übernehmen. Ein Zusammenstoß von Städten kann die Kommunalisierung von Berg- und Dünnerwerken bewirken. Wenn das der Gemeindearbeiterverband auch will, dann sollte man sich einmal die Vorzüge der letzten Jahre vergegenwärtigen. Der Staat gibt schließlich die Gelder an Privatindustriellen, und es steht alles beim Alten. Hier soll der Handel ansetzen, um zur Sozialisierung zu gelangen. Die händischen Betriebe arbeiten unrentabel, da die Arbeiter des Handwerkers in händischen Betrieben mit dem Privatbetrieb nicht zu vergleichen sind. Wir müssen dazu kommen, daß die Postämter in der Verwaltung zum Ausdruck gelangen. Die Handwerker in händischen Betrieben sind zumeist aus Privatbetrieben gegangen, weil sie den Anforderungen, die an sie gestellt wurden nicht nachkommen konnten und glauben sich nun verloren. Wir müssen jedoch die Rentabilität der Betriebe heben, sonst können wir den Sozialismus, statt zur Sozialisierung zu kommen. Wenn man das will, muß die Berufsorganisation für qualifizierte Arbeit höhere Entlohnung, machend sein. Bei den Privatbetrieben ist es auch nach Vertretung; auf diesem Standpunkt müßten auch wir uns stellen. Die Löhne bei den Gemeindearbeitern würden nicht vorbildlich bei der Straßenbahnerbewegung, die 175 M. verlangen, bei man der Lohn, den die Gemeindearbeiter haben. Bei den Tarifverhandlungen mit den Elektricitäts-

werken in Dresden, die weniger bekommen sollten wie sie bereits hatten, hätten wir erst durch analoge Verhandlungen den früheren Zustand wiederhergestellt. Die Beschäftigten in händischen Betrieben sind nicht für niedrige Löhne mit sozialen Einrichtungen. Die Möglichkeit für verschiedene Arbeitszeiten in den Gemeindebetrieben ist ebenfalls gegeben wie in der Privatindustrie. Es ist zu laienhaft gegen den Anblick der Gemeinden an die Arbeiterverbände. Der Gemeindearbeiterverband habe zufolge der Beschlüsse des Münchener Kongresses gar nicht das Recht, die Arbeiter bei sich zu organisieren. Die Zusammensetzung des Gemeindearbeiterverbandes was durch die früheren Verhältnisse bedingt, durch die Revolution seien die Voraussetzungen zu sein in Betrieben nicht mehr dieselben. Sozialisations- und Streikrecht ist auch dem Gemeindearbeiter gesichert, deshalb beansprucht die Berufsorganisation die Arbeiter in den Gemeinden für sich, um die Interessen der Allgemeinheit zu wahren. Wir haben es nicht nötig, bei 1000000 Mitgliedern, um einige mehr zu haben.“ — Ein Antrag, nicht gelernter Arbeiter von der Teilnahme an der Diskussion auszuschließen, fand keine Unterstützung. In der Aussprache beteiligten sich die Kollegen Sonnke, Pösch, Schäfer, Weise, Köhr, Scheller, Kallweit u. a., worauf Herr de Deckmann in seinem Schlusswort die Ausführungen Peterlich bekräftigte, daß der Tarifvertrag mit den Dresdener Elektricitätswerken von uns überhaupt nicht unterzeichnet sei, da uns die Angelegenheiten nicht weit genug gingen. Wegen die Technische Kolonialhilfe haben wir in der „Gewerkschaft“ geschrieben. Auf dem Gewerkschaftskongress habe er nicht gegen den Antrag der Opposition gestimmt. Er vermahnte sich gegen die Vereinigung sozialistischer Gesichtspunkte. Wegen seiner Parteizugehörigkeit könne man ihn nicht anerkennen, er mache das nicht mit, was er für die Arbeiterbewegung als schädlich erkenne. Überwiegend Standpunkt über die Rentabilität wird ihm auch täglich von den Arbeitern in vorgelassen, das seien Argumente gegen die Gemeindefabrik. Das Argument über die Qualifikation der händischen und privaten Handwerker wird uns von den Unternehmern und Stadtverwaltungen ebenfalls stets vorgehalten; auf diesen Standpunkt sollte sich ein Vertreter des Metallarbeiterverbandes, der radikal sei, nicht stellen. Der Eisenbahnerverband ist zwar mit Hilfe der Generalkommission, aber auch mit Hilfe anderer Gewerkschaften gegründet worden. Die Arbeitergewerkschaft mache der Metallarbeiterverband selber mit, demnach könne er einem anderen Verbande keinen Vorwurf daraus machen. Ein Streik kann nicht einen Betrieb betreffen und danach 15 Gewerkschaften haben, dadurch werden Gefahren geschaffen. Das Bestehen des Gemeindearbeiterverbandes und des Eisenbahnerverbandes ist garantiert durch die Stillnahme des Gewerkschaftskongresses. Das Recht, die Arbeiter bei sich zu organisieren, lassen wir uns nicht nehmen. — Darauf wurde eine Resolution, die die Lebensmittelpolitik sowie die Maßnahmen der Regierung scharf geißelt, einstimmig angenommen.

Mannheim. In der stark besuchten Generalversammlung am 18. Februar gab Kollege Gund den Geschäftsbericht für das abgelaufene Geschäftsjahr. Für die Arbeiter der Rheinbauminerale und die Arbeiterwaren waren größere Aufwände erforderlich, um ihre Löhne bzw. Gehälter einigermaßen in Einklang mit der Teuerung zu bringen. Für die Kollegen in Schwaben wurden mehrmals Schritte unternommen, um ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern. Für die dortigen Domänenarbeiter ist es zwar schon im vergangenen Frühjahr gelungen, einen Vertrag abzuschließen, dagegen konnte für die Gemeindearbeiter bis jetzt ein Vertrag nicht abgeschlossen werden. Verhandlungen wurden schon im vergangenen Jahre geführt, sind aber durch das eigenartige Verhalten des Bürgermeisters gescheitert, und unsere Kollegen sind jetzt durch die gemachten Erfahrungen zu der Ueberzeugung gekommen, daß es besser ist, man löst den Worten eines Gewerkschaftsbeamten als denen eines Bürgermeisters. Anschließend berangab Kollege Stumpf den Kassenbericht. Die Einnahme der Kasse betrug 38247,73 M., die Ausgaben 31304,73 M., bleibt ein Bestand von 6942,98 M. Für die Hauptkasse wurden vereinnahmt 63251,93 M., vorauszahlte an Unterstützten 10261,50 M., in bar eingekandt 33082,43 M. Der Rückstand betrug 2457. Daraus wurde der Bericht der Lohnkommission gegeben. Nach längeren Verhandlungen, die teilweise in Karlsruhe und Mannheim geführt wurden, ist bis jetzt folgendes Resultat zu verzeichnen: Arbeiter im Alter von 14-21 Jahren erhalten einen halben Lohnzuschlag für Januar von 8 M., für Februar und März von 9 M., von 21-25 Jahren tägliche Zulage für Januar 10 M., für Februar und März 12 M., Arbeiter über 25 Jahre Januar 12 M., Februar und März 14 M. Das jährliche Resultat in Stundenlohn ausgedrückt gibt folgendes Bild: 1. Gruppe: 4,15 M., 2. Gruppe: 4,02 M., 3. Gruppe: 3,90 M., 4. Gruppe: 3,77 M., 5. Gruppe: Frauen 2,90 M. Neben diesen Beträgen soll eine monatliche Auktionszulage von 20 M. für jedes Kind bezahlt werden. Ob sich die Stadtverwaltung dazu verstehen kann, unsere Anträge, die für Februar und März Löhne bis zu 17 M. tägl. Zuschlag vorziehen, muß abgewartet werden. Eine endgültige Entscheidung über Ablehnung oder Annahme kann dabei erst in einer späteren Versammlung stattfinden, wenn wir im Laufe einer An-

wort sind, die im Laufe der Woche erfolgen soll. Zur Frage der Vertragsverhinderung begründete Kollege Stumpf den Antrag des Vorstandes auf Erhöhung des Lokalaufschlages um 50 Pf., so daß ab 1. März ein Beitrag von 1.50 Mk. zu zahlen wäre. Demgemäß wurde einstimmig beschlossen. In den Vorstand wurden gewählt: die Kollegen Stark und Senz als Vorsitzende, Schneider als Schriftführer.

Neuß. (Christliche Strategen.) Bisher hatten wir mit dem christlichen Verband der Gemeindearbeiter und Straßenbahner in Rheinland und Westfalen ein einigermaßen erträgliches Zusammenarbeiten zu verzeichnen. Das scheint sich in den letzten Wochen ändern zu sollen. Uns könnte dies nur recht sein, denn der größte Teil unserer Mitglieder ist von der gemeinschaftlichen Arbeit mit den Christen nicht besonders erbaut. Neben anderen Vätern versucht so ein christlicher Stratege, der anscheinend seinen Sitz in Arefeld hat, in Nr. 3 des christlichen „Gemeindearbeiter“ unter Neuß seinen Schafden klar zu machen, was er für ein tüchtiger Mann ist, um sich so die schwindende Sympathie zu erhalten. Der Artikelschreiber glaubt anscheinend, daß wir dem christlichen Gemeindearbeiterverband in der sozialdemokratischen Tagespresse etwas angehängt haben. Das ist sein gutes Recht. Er kann glauben, was er will. Was man aber glaubt, das weiß man nicht bestimmt, soll es also auch nicht behaupten. Es sei deshalb hier festzustellen, daß unsere Organisation weder in der sozialdemokratischen noch in einer anderen Zeitung irgendein Wort zu der Lohnbewegung der holländischen Arbeiter in Neuß geschrieben hat. Wir haben aber deshalb gar keine Ursache, uns etwa zu rechtfertigen. Wir wollen damit nur feststellen, daß die uns nachgesagte unehrliche Methode wohl nur bei dem Artikelschreiber zu finden ist. Wir wollen weiter feststellen, daß die christliche Schamspiegel vollständig daneben tritt. Offenbar versucht der christliche Geld nach oben streicher Neuß seine Unfähigkeit durch kräftiges Schimpfen zu verdecken. Wir wollen deshalb nicht verzeihen, unseren Mitgliedern einige Stellen aus dem Artikel hier wiedergeben. Er schreibt: „Alles, fremdenverächterlicher Gemeindearbeiterverband, du kommst deine steifen und müden Glieder in Neuß noch gar nicht einmal rühren und hastest tatsächlich Grund, über deinen tiefen Selbst verachtet zu sein, als schon der christliche Verband der Gemeindearbeiter und Straßenbahner emsig für die Neusser Kollegen schaffte. Ich könnte dir wohl mit Latein dienen, aber, alter Weidel, deine unehrliche Methode ist nicht mehr wert, als daß man dich mit ein paar kräftigen Worten, die die Kollegen in Neuß gerne als herabsetzend anerkennen werden, abführt, weil ja doch weiter nichts bei dir vorliegt, als der Versuch, im Irren zu finden um.“ Diese zwei Sätze sagen wohl zur Genüge, was Geistes Art der Artikelschreiber ist. Gewiß können wir es dem christlichen Verband nicht verdenken, daß es ihm gar nicht recht ist, daß wir auch in Neuß auf dem Plane erschienen sind. Nebenfalls steht aber fest, daß sich der christliche Verband erst benannte, für die holländischen Arbeiter etwas zu tun, als die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion bereits einen Antrag auf Erhöhung der Lohnsätze eingebracht und durchgedrückt hatte. Wer hat also geschlafen. Der Verband, der bisher keine Mitglieder in Neuß hatte, oder der, welcher die Mitglieder hatte und doch nichts unternommen hat. Erst auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion wurden Verhandlungen angebahnt, zu welcher die christlichen Väter zugezogen wurden. So ist es doch wohl. Wachte sich nicht der zuständige christliche Angestellte von seinem eigenen Kollegen von der Zentrale im Verein der Stadtväter und der übrigen Gewerkschaftsangehörigen sagen lassen, daß er in dem Tarifentwurf, den er schnell noch eingereicht hatte, richtige Zimmereien niedergeschrieben hat. Oder will er diese großen Zimmereien jetzt mit der gleichen großen Zimmerei verwechseln? Im übrigen ist wohl anzunehmen, daß die steifen, müden Glieder des alten Gemeindearbeiterverbandes noch beweglicher sind, als unser christlichen Väter lieb ist; das beweisen doch die Mitgliederzahlen. Wie liegen denn die Dinge? Auf dem Verbandstag des christlichen Verbandes am 14. September gab dieser seine Mitgliederzahl mit 18.000 an. Um diese Zeit zählte unser Verband in Rheinland und Westfalen bereits 20.000 Mitglieder, also rund 2.000 Mitglieder in einem Gau mehr, als der christliche Verband in ganz Deutschland. Um dieselbe Zeit zählte unser Verband rund 219.000 Mitglieder, also rund 230.000 Mitglieder mehr als der christliche Verband. Der christliche Verband kann uns doch nun nicht zumuten wollen, daß wir in seinen Domänen keine Organisation für unsere Organisation erstellen, weil wir um so und so viel Mitglieder mehr zählen. Im Gegenteil, überall wo wir Zeit und Gelegenheit haben, werden wir versuchen, unsere Organisation weiter auszubauen, selbst auf die Gefahr hin, daß der christliche Verband einen Teil seiner Mitglieder verliert. Daran kann auch das schmutzige Schimpfen des Artikelschreibers nichts ändern. Zum Schluß wollen wir den christlichen Strategen noch sagen: Wollt ihr ein Tänzchen wagen, uns ist es sehr willkommen, wir sind bereit euch aufzufischen.

Essenbach a. M. Die außerordentliche Generalversammlung am 4. Februar nahm den Bericht der Lohnkommission entgegen. Kollege Schmeber berichtete, daß mehr als 50 Proz. Lohn-erhöhung vom 1. Januar 1920 ab nicht zu erzielen waren. Da die beauftragte Kommission voll und ganz ihre Schuldigkeit getan, bittet er, diesem Übereinkommen zuzustimmen. Sein Antrag

wurde gegen 1 Stimme angenommen. Der Antrag des Kollegen Dellinger, vom 1. März ab von den männlichen Mitgliedern 1.30 Mk. und von den weiblichen Mitgliedern 1 Mk. Wochenbeitrag zu erheben, wurde gegen zwei Stimmen beschlossen. Zur Unterstützung der Wiener Kollektanden wurden dem Markt 1000 Mk. überwiesen, die durch Extrapeuer (pro Mitglied 1 Mk.) aufgebracht werden sollen.

Horsheim. Die außerordentliche Mitgliederversammlung am 21. Februar nahm Stellung zu den Beschlüssen des hiesigen Stadttages wegen Entlassung unserer Forderung auf Lohnzulagen. Kollege Degenwahrer berichtete über den Verlauf der Verhandlungen, die wir in Gemeinschaft mit den Beamten und Lehrern einleiteten und dann in Karlsruhe mit dem Stadttage weitergeführt wurden. Wir stellten den Antrag auf eine Zulage von 400 Mk. für Be-eherrschter und 300 Mk. für Ledige pro Monat. Der Stadttag er-klärte, darauf nicht eingehen zu können, weil die Beschlüsse des Staats für ihn maßgebend waren. In einer späteren Verhandlung wurden für Arbeiter unter 21 Jahren 8 Mk. für solche von 21 bis 25 Jahren 10 Mk. und für die über 25 Jahre 12 Mk. pro Tag bewilligt. Ferner eine Abänderung von 20 Mk. pro Monat für jedes Kind. Bei den Verhandlungen hat es sich gezeigt, daß wir es mit einem autorisierteren Arbeitgeber zu tun haben, der seine Hauptaufgabe darin sieht, uns zu schwächen. Die Koalition der Arbeiter, Beamten und Lehrer gefiel ihm nicht. Deshalb wurden auch alle Mittel angewendet, diese wieder zu lösen. In der folgenden Ansprache wurde auf die Därten hingewiesen, die durch die Abminderung nach dem Alter sich ergeben. So konnte es vor, daß ein Arbeiter, der ledig und 26 Jahre alt sei, 2 Mk. pro Tag mehr bekomme als wie der, der mit 21 Jahren schon verheiratet und Familienvater ist. Alle Arbeiter müssen, ob verheiratet oder ledig, gleich bezahlt werden. Die Arbeiter, die Kinder haben, sollen durch Minderzulagen unterstützt werden. Durch Belehrung und Aufklärung muß mehr wie bisher in den Kreisen der Mitglieder gewirkt werden. Der bevorstehende Kampf mit unserem Arbeitgeber, den einheitlich zusammengefaßten Städten, kann nur mit gütlichem Einverständnis geführt werden, wenn alle holländischen Arbeiter organisiert sind. Aber nicht nur organisiert müssen wir sein, vor allem ist es nötig, daß wir gut und einheitlich organisiert sind. Wir haben alle einen Arbeitgeber, der nur eine Transformation kennt, den Stadttag, demgegenüber es nur eine Organisation auf unserer Seite geben darf, den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Koblenz i. S. Am 6. Januar wurde hier eine Aulose unserer Verbandsgründet. In den Vorstand wurden gewählt als 1. Vorsitzender Richard Claus, Kassierer Moritz Bschokell, Schriftführer Tibbeckin. Als Verwaltungsausschuss wurde das Komitee „Leutscher Adler“ benannt. Unsere Mitgliederzusammenschlüsse finden jeden 3. Sonntag im Monat statt. In der gut besuchten Mitgliederversammlung am 26. Januar hielt Gauleiter Freißler einen Vortrag. Daß hier die Organisation noch nicht entwickelt ist, geht daraus hervor, daß hier noch Lohn von 75 Pf. pro Stunde gezahlt werden. Darum ist es höchste Zeit, daß alle Kollegen sofort unserem Verbands beitreten. Denn Einigkeit macht stark!

Weinsberg. In der außerordentlichen Versammlung am 3. Februar wurden die Tarifverhandlungsfragen mit dem Reichsanwaltschaftsamt behandelt und erledigt. Dann wurden die Lohnverhältnisse der Weinsberger Gemeindearbeiter behandelt und dabei festgestellt, daß diese in jeder Beziehung unzureichend wären und deshalb eine wesentliche Erhöhung derselben stattfinden müsse. Eine andere Frage in Erwägung des Gauleiters auf dem Markte hat ständende Verhandlung soll die angeführte Verbesserung bringen.

Sittau. In einer öffentlichen Versammlung am 12. Februar nahmen die Gemeindearbeiter Stellung zu dem neuen Lohnsatz. Kollege Decker, Dresden, referierte über die Verhandlungen des Arbeitgeberverbandes und die rechtlichen 400 Mk. Verkaufungsbeihilfe. Die Dresdener Arbeiter haben 1000 Mk. bekommen wie die Beamten, auch den Sittauer Gemeindearbeitern steht die volle Verkaufungsbeihilfe zu. Wenn der Stadtrat nicht einwilligt, sollte der Schlichtungsausschuss ansetzen werden, ehe das letzte Mittel der Gewalt angewendet würde. Die Dresdener Arbeiter sollten neue Lohnforderungen beim Arbeitgeberverband, eine Landeskonferenz wurde der hohen Kosten wegen nicht einberufen. Die Forderungen waren 50 Proz. Die Wehrheit der holländischen Gemeindearbeiter hätte protestieren müssen; es wäre ein berechtigtes Streben, in Klasse A zu kommen. Mehr Angeremmt muß auf die sozialen Leistungen geachtet werden. Diese werden bestehen bleiben, wenn die Lehre sinken. Leipzig hat Forderungen beim Arbeitgeberverband eingereicht, auf dieser Waise soll verhandelt werden, auch Sittau möge einen Delegierten entsenden. Danks wäre der einzige Ausdruck. Grundlober zu fordern nicht einer Forderungszulage. Hieran wurde die Kollegen beauftragt, beim Stadtrat vorstellig zu werden. Herr Stadtrat Grae, der der Versammlung beehrte, erklärte, der Stadtrat habe auf dem Zeitpunkt der Verhandlungen mit dem Verband. Er wünschte mir sollen dem Stadtrat meine Vorklagen entgegenbringen. Zur Bezirkskonferenz in Köln am 22. Februar wurden die Kollegen Fränzel, Probus und Jähne gewählt.

Aus den deutschen Gewerkschaften

Die Freie Arbeiter-Union in Düsseldorf als Kampforganisation". Um die Einheit der Gewerkschaftsorganisationen zu erreichen, wurde nach allerhand Gründen gesucht. Immer wurde behauptet, die Gewerkschaften sind durch ihre Unterhaltungsmaßnahmen verunreinigt, durch das Verhandeln mit dem Unternehmer haben sie den Massenkampfcharakter aufgegeben und was der letzten Strafen mehr waren. Nun liegt uns eine Abrechnung des 4. Quartals der "Freien Arbeiter-Union" vor. Aus ihr geht hervor, daß für Streikunterstützung ganze 208 Mk. ausgegeben sind. Tabakgehen sind ihnen für Druckkosten 1008,70 Mk., für Arbeitsvergnügen verschiedener Art 421,55 Mk., für Monatskarten an die Herren Schulz, Wülfschön und Wink 192 Mk. vorausgeschickt worden. Großes Verständnis für die Verabreichung der Angehörigen legt man gerade nicht an den Tag, denn das Bureaufrankon hat 730,50 Mk. erhalten. Das ergibt pro Monat 740,50 : 3 = 243,50 Mk. Das Geld soll zum Köpfen von Mäppchen aufgewandt werden. Aber wie sieht es damit aus? Nach den verkauften Marken sind 2796 Mitglieder vorhanden. Am Quartalsanfang bleibt ein Massenbestand von 20541,25 Mk. Mit diesem "Massenkapital" soll nun der Anarchismus bekämpft und aus den Angeln gehoben werden. Rechnen wir nun an, der Unternehmer würde die Forderungen der Massenkampforganisation ablehnen und die 2796 Mitglieder würden in den Kampf eintreten, so würde die Summe für ganze zwei Tage reichen. Dabei haben wir pro Tag nur 6 Mk. Streikunterstützung eingerechnet. Ob bei dieser Summe freilich viele der Mitglieder dann noch den Massenkampf aufrechterhalten würden, ist uns mehr denn zweifelhaft. So sieht also in Wirklichkeit der Kampfcharakter der "Freien Arbeiter-Union" aus. Wann werden endlich die Mitglieder einsehen, daß sie ihre Leistungslöhne und gut fundierte Kapitalien gegen ein Vinfengericht verlaufen haben? Sollte es den Herren die an der Spitze stehen noch endlich klar werden, daß sie bei der Verhöhnung der Arbeitervereine im wahren Sinne des Wortes gehen? Aber wie die Abrechnung zeigt, fällt ja immer noch ein Proben ab. Öffentlich ziehen die Arbeiter die richtige Lehre.

Geinrich Wenker †. Der Kassierer des Kalenerverbandes ist am 27. Februar plötzlich, jagt man aus seiner Verwandtschaft heraus, dem Tode überliefert worden. Tagsüber hatte er noch im Bureau gearbeitet und beobachtete, am nächsten Tage zu der noch karierten emporstehenden Veratelerierung zu reisen. Ein Bergbau hat hier ungewöhnlichen Arbeitsschicht für ein Ziel gesetzt. Geinrich Wenker ist am 21. Dezember 1860 in Schöneburg geboren. Von Beruf Arbeiter, trat er 1885 in Berlin dem im Jahre zuvor gegründeten Kalenerverbande bei. 1887 bis 1888 war er der Berichtende der Filiale Berlin, 1889 Kassierer des Landesverbandes. Inzwischen nach Sammlung übergehend, wurde er 1890 Kassierer des Verbandes. Dies Amt hat er bis zu seinem Tode ununterbrochen verwaltet, bis 1892 chronisch und von da ab als Pfleger des Verbandes. Aber auch sonst hat er der Arbeiterschaft wertvolle Dienste geleistet. Geinrich die Zentralkommission für Arbeiterberufung ihren Sitz in Hamburg hatte, gehörte er ihrem Vorstand an. Geinrich arbeitete er seit Gründung der "Kassierergesellschaft" in deren Vorstand mit. Seit Anfang 1919 gehörte er der Hamburger Gewerkschaft als sozialdemokratischer Abgeordneter an. Auch der hundertjährigen Streikfeier der "Arbeiterklasse" ließ er seine stets hilfsbereite Handreichung. Ein reiches Leben, gewidmet in die verlassener Tugend dem Wohle der Verfallenen wie der gesamten Arbeiterklasse, ist mit ihm zu Ende gegangen. Möge sein Beispiel alle Arbeiter zur Nachahmung anspornen.

Rundschau

Die Minderarbeit im Kapitalismus. Während des Krieges haben die Verstecke gegen das Minderarbeitsbuch überoffen angenommen. Wie die Kriegserträge der reichlichen Gewerbaufträge jetzt münden, werden für oft sogar recht schwere Verluste kitzeln. In einer Warenwarenliste wurden 11-14jährige Kinder bis zu zehn Stunden täglich beschäftigt. Und die Löhne lebte sich für den Kapitalisten auch, denn die 10 bis 15 Mk. Strafe, die der Unternehmer in ersteren Fällen bekam, haben sich unmittelbar bezahlt gemacht. Wer meinet noch so schwere Bestimmungen haben, weil über Arbeitsbuch wird niemals möglich sein, solange der Kapitalismus noch besteht.

Geburtenüberschuß. Aus den letzten erdienenen Monatsberichten des Statistischen Amtes der Stadt Berlin für den Monat Oktober 1919 ist zu ersehen, daß die Zahl der Geburten gegenüber der Zahl um 100 Proz. gestiegen ist. Im Oktober 1919 betrug sie 256, während der März im vorangegangenen Jahre nur 128 betrug. Das gleiche Bild zeigt bei den Geburtenziffern im Jahre 1919. Im Oktober 1919 erlitten 3586 Kinder das Licht der Welt, während im gleichen Monat 1918 nur 1716 Kinder geboren wurden. Todesfälle wurden 2207 gemeldet; im Oktober 1918 dagegen 534. Die

große Todesziffer des Jahres 1918 ist dadurch zu erklären, daß zu dieser Zeit noch viele Kriegsverletzte in Berliner Lazaretten ihren Verden erlegen sind. Mehrere Familien können über eine recht zahlreiche Witwenliste verfügen. So erhielten im Oktober acht Mütter ihr zehntes, ja sechs Mütter ihr erstes und zweites Kind. Vier Familien bekamen das fünfte und eine Familie sogar das sechste Kind. Den Geburtserford schlug aber eine Mutter, die dem siebenundzwanzigsten Tode -- einem Knaben -- das Leben überließ. Daß dieses Ereignis sogar dem Statistischen Amt überreichend gekommen ist, beweist die Tatsache, daß die statistischen Tabellen, die nur zur Ausnahme des 22. Kindes reichen, erweitert werden mußten, um das 27. Kind vermerken zu können.

Arbeit und Schonung. Bei Gelegenheit einer Arbeit über die Arbeitsverhältnisse berichtet Erich Martini in der Deutschen medizinischen Wochenschrift die größere Sterblichkeit der Männer im Vergleich zu den Frauen. Er erklärt sie damit, daß die Frauen sich eher niederlegen und in ärztliche Behandlung kommen, während die Männer bis zur letzten Möglichkeit ihrem Erwerb nachgehen. So wichtig die Arbeit auch ist für das Ganze wie für den einzelnen, oft ist die Schonung die höhere soziale Pflicht.

Der Arbeitsstaub. Ein Problem, dessen gründliche Lösung allein mit Hilfe der Betriebsräte möglich ist, ist die Staubfrage. Es ist bedauerlich, daß diese vielfach nichtigste Betriebsfrage so wenig ihrer befriedigenden Lösung entgegengeht. In welcher Weise der Staub zu schaden vermag, das können wir so besonders deutlich an den Eschdungen in den regelrechten Staubbetrieben erkennen. Moelich, der bayerische Landesgewerkschaft, hat uns wieder neues Material hierzu geliefert. Danach ist die Ertragskoeffizienten an Staublose in der Porzellanindustrie fast dreimal so hoch wie bei Nichtstaubarbeitern (0,31 gegen 2,18 Proz.). Und das gleiche unangenehme Verhältnis finden wir in allen Berufen, deren Werkstätten von Staub voll sind.

Die Rettung der Kriegsbeschädigten durch das Reichsversicherungsamt. Nachdem die amtlichen Hauptfürsorgestellen für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene in ihrem Aussehen sowohl fortschritten sind, daß sie die Gesamtvertretung der Kriegsbeschädigten im allgemeinen übernehmen können, ist ihnen vom Reichsversicherungsamt im Vernehmen mit dem Reichsarbeitsministerium die Beförderung der Kriegsbeschädigten mit freigeordneten Heeresamt übertragen worden. In diesem Zwecke haben sich die Hauptfürsorgestellen gewinnbringende Gesellschaften oder kaufmännische Gesellschaften angeschlossen. Diesen fällt die Aufgabe zu, die Beförderung der Kriegsbeschädigten zu sichern und zwar ohne Rücksicht darauf, ob diese einem Kriegsbeschädigtenverbande angehören oder nicht. Diese kaufmännischen Organe der Hauptfürsorgestellen sollen mit den Zweigstellen des Reichsversicherungsamts auch eng zusammenarbeiten, um den Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen die notwendigen Gebrauchsgüter zu beschaffen, insbesondere solche Maschinen, Werkzeuge und ähnlichen Geräte, die für den Wiederaufbau der Eristerie notwendig sind. Um den Käufern den Einkauf zu erleichtern, ist eine Reihe von Vergünstigungen, namentlich in der Zahlungsweise vorgesehen. Solange die Hauptfürsorgestellen kaufmännische Organisationen noch nicht geschlossen haben, sollen die Verträge der Kriegsbeschädigten zum unmittelbaren Bezug von Vorräten in der Zwischenzeit noch berechtigt bleiben. Eine Sonderregelung ist hinsichtlich der Web-, Woll- und Strickwaren, sowie des Schuhzeugs, die den Reichsstellen für die Notstandsversorgung der wachsenden Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden, getroffen. Diese können auch an Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene nur durch die Kommunalverbände ausgegeben werden.

Zum Prozeß Erzberger-Helfferich.

Ra, Junge, nun flucht mal leise ran
Und laß dich die Geschichte an.
So'n Tinas ist noch nicht dagewesen! --
Tsch nehmt das Schnupftuch vor die Kisten!
Der wird ein Exzellenzenhemd
Vor aller Augen ausgeschlammmt,
Eins prima Wote, müßt ihr wissen --
Wt je, ut je! JA das zerfließen!
Der geht es schief auf dich und Etich.
Der zieht der grimmige Helfferich
Den Matthes mit der Quadderbade
Mit dem Hut durch -- den Rasen. --
Ra, Junge, fohren ihr Kumm beschyl,
Dann losgähmt und rangelst,
Tsch schreit den Fassdengiebel,
Konk wird euch Adel, wird euch Adel!

Ulro l. d. Welt am Montag.

Briefkasten

Der Einsender aus dem Kreise Angerburg u. a. Anfragen ohne Namensnennung werden von der Redaktion nicht beantwortet.

